

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7620.
 Unter Kreuzband für Preussischland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

ersch. täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraph-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 1. März 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

Das Friedens-Manifest des Zaren

muß jedem, der da weiß, was eine allgemeine Abrüstung bedeutet und was der russische Zar ist, auf den ersten Blick entweder als ein schlechter Witig oder als eine Despotenlaune ohne jeden ernsthaften Hintergrund und Untergrund erscheinen. Ein schlechter Witig ist es jedenfalls nicht. Eine Despotenlaune — das läßt sich schon eher sagen. Je selbstherrlicher Fürsten sind, desto feltamere Launen schießen in ihrem, von der Selbstherrlichkeit mehr oder weniger angegriffenen Hirn auf; und gerade die russische Lust scheint solche Launen zu begünstigen. Wir erinnern an die phantastischen Pläne der Zaren Paul und Alexander I. Allein die Selbstherrlichkeit kann nicht verhindern, daß die in einer allmächtigen Kamarilla verkörperte „Staatsraison“ mit ihrer politischen Konsequenz und konsequenten Politik die Zarenlaunen beschneidet, ehe sie in den Himmel wachsen, und erforderlichen Falls die Zarenlaunen mit samt dem Zaren von der Weltbühne wegwischt. Deshalb hat man das russische Regierungssystem als „eine Despotie gemildert durch den Mord“ bezeichnet (Despotismo moderé par l'assassinat). Wohlgerneht: durch politischen Mord, wie er heute zutage den „Narziſten“ zur Last gelegt wird, und wie er in Rußland seit Jahrhunderten von Fürsten und Adel geübt wird, so daß die Zahl der Zaren, die eines natürlichen Todes gestorben sind, — und auf dem Schlachtfeld ist keiner gestorben — weit kleiner ist als die der Zaren, deren Despotismus durch Dolch, Gift, Säbelkoppeln und ähnliche Mittel „gemildert“ worden ist. Daß das Zarenmanifest veröffentlicht wurde, läßt also schließen, daß die russische „Staatsraison“ doch etwas Werthvolles, praktisch Verwerthbares darin gefunden hat; und man hat dementsprechend nach irgend einem geheimen Zweck und Motiv gesucht. „Rußland braucht Ruhe. Es hat soviel erobert, daß es längere Zeit zur Verdauung braucht. Die fürchterliche Hungersnoth, welche die Hälfte des Reichs verwüſtet, zwingt die Regierung zu einer Friedenspolitik“ — so sagte man sich. Das Alles ist auch ganz richtig, aber schafft nicht die Thatfache aus der Welt, daß das Zarische Rußland nur als Militär- und Erobererstaat bestehen und deshalb unmöglich abrüſten kann.

Daß irgend eine europäische Regierung den russischen Abrüstungsvorschlag ernst nehmen, und den schönen Augen des Zar Nikolaus oder der Frau Suttiner zu Liebe Armee und Flotte vermindern werde, in der Absicht, sie allmählig ganz abzuschaffen — die kindliche Naivität, daß nur einen Moment geglaubt zu haben, können wir doch wahrhaftig der geriebenen, mit allen Hundengeheuten Diplomatie nicht zutrauen. Doch für die russische Diplomatie giebt es — außer im eigenen Lande — nicht bloß Regierungen, sondern auch Völker. Und auf die Völker konnte man in einer für die Zwecke der russischen Eroberungspolitik günstigen Richtung einzuwirken hoffen. Nicht auf das deutsche Volk, nicht auf das französische konnte man rechnen.

In Deutschland war nichts zu holen, und in Frankreich wäre es sogar gegen das russische Interesse, friedliche Stimmungen zu erwecken. Desto wichtiger ist es, das englische Volk zu gewinnen. England das ist „der Feind“ — die große Weltmacht, die den russischen Eroberungsplänen überall im Wege steht, in den Weg tritt und sich zum Kampf auf Leben und Tod mit Rußland vorbereitet. Allein England ist ein Kulturstaat, England ist ein Handels- und Industriestaat, und in dieser Doppelseigenschaft ist es ein Feind des Kriegs. Und mit der Zunahme der Kultur, des Handels und der Industrie wächst naturgemäß auch die Abneigung gegen den Krieg. Aber der Handel, die Industrie und die Kultur Englands beruhen auf seiner Herrschaft über das Meer. Sie ist Lebensbedingung für England. Und gegen diese Lebensbedingung wendet sich die russische Eroberungspolitik, deren Sieg die Vernichtung der englischen Seeherrschaft und damit der englischen Weltmachtstellung bedeutet. Mit allen übrigen Staaten kann England sich leicht auseinandersetzen. Nachdem die spanische und holländische Seeherrschaft von den Engländern gedrohen und Frankreich in den Napoleonischen Kriegen zu einer See- und Kolonialmacht zweiten Ranges herabgedrückt war, hatte England nur noch in den Vereinigten Staaten, seinem einzigen Kind, einen gefährlichen Konkurrenten, indeß hier schließen die Gegensätze sich ab, und die einigenden Kräfte sind den trennenden so ungeheuer überlegen, daß an einen Krieg zwischen England und Amerika nicht nur nicht zu denken ist, sondern das lang gehegte Ideal eines englisch-amerikanischen Bündnisses seiner Erfüllung zureift. So bleibt Rußland der einzige Nebenbuhler, der Feind, dessen Triumph der Untergang des englischen Weltreiches wäre.

Aber — und dies ist es, was der englischen Politik ein Doppelfeind und einen inneren Widerspruch giebt — während einerseits das englische Staatsinteresse die Belämpfung der russischen Eroberungspolitik erheischt und zum Entschuldigungskrieg mit Rußland zudrängt, erheischt andererseits das englische Handels-, Industrie- und Kulturinteresse gebieterisch den Frieden. In England, als dem ökonomisch entwickeltesten Lande, bildete sich zuerst eine ausgesprochene Friedenspartei, und zwar anknüpfend an die erste Internationale Industrie-Ausstellung des Jahres 1851, und seitdem ist England

stets der Mittelpunkt der sogenannten Friedensbewegung gewesen.

Als bald nach der Ausstellung von 1851 die Wollen über dem Orient aufzogen, und Zar Nikolaus den „kranken Mann“ entdeckte und England die Theilung der Türkei vorschlug, kam diese Friedensbewegung in scharfen Konflikt mit der englischen Weltpolitik. Die Parteinarbeit der Friedenspartei führer, welche zugleich die Führer der Freihandelspartei waren: Cobden, Bright u. A. für Rußland war damals so ausgesprochen, daß dieselben in den unsinnigen Verdacht russischer Söldnerschaft geriethen. Obgleich sie die meisten Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung auf ihrer Seite hatten, so zeigte sich jedoch bald ihre vollständige Ohnmacht gegenüber der in die Waffen und das Mark des Volkes eingedrungenen Erkenntnis, daß die von Rußland bedrohte Weltmachtstellung Englands für das englische Volk eine wirtschaftliche Lebensbedingung ist.

Diese Erkenntnis brach auch bei den inneren Kämpfen, die 20 Jahre später, anlässlich des letzten russischen Türkenkriegs, in England stattfanden, elementargewaltig durch und verlieh Disraeli den Sieg über Gladstone.

Das war freilich nicht ermutigend für die russische Diplomatie. Unter allen Umständen aber ist die Friedensströmung in England ein Faktor, der von der russischen Diplomatie in Rechnung gestellt werden muß; und daß sie dies nicht ins Blaue hinein gethan hat, sehen wir seit einigen Monaten. In Frankreich und Deutschland hat das Zaren-Manifest nur zu vereinzelten Sympathieäußerungen geführt. Anders in England, wo der ganze alte Apparat der Friedensbewegung wieder in Funktion gesetzt ist. Wohlgerneht der ganze alte. Kein neuer und nichts Neues im alten. Die Mitglieder der Friedensgesellschaft, ein Theil der liberal-radikalen Parteiführer, ein Theil der Gewerkschaftsführer — das heißt diejenigen, welche im Schlepptau des liberal-radikalen Bürgerthums sind — sie sind alle wieder da — oder wenigstens meistens. Es werden Versammlungen gehalten, werden Zeitungsartikel geschrieben, es werden Flugblätter verbreitet, und von Herrn Stead, dem sensationellen und politisch nicht gut beleumundeten Verfasser des Londoner „Zungfrauentribuns“, Mr. William Stead, wird ein eigenes Wochenblatt herausgegeben, betitelt: „War against War“ — Krieg dem Krieg.

Trotz der überschwänglichen Berichte einiger Blätter über den „wunderbaren Erfolg“ dieser Agitation ist der Erfolg nach objektiven Berichten ein sehr mäßiger, die „Niesen-Versammlungen“ in St. James' Hall und St. Martin's Town Hall waren nichts weniger als „riesenhaft“ besucht, und die englischen Arbeiter halten sich fern — außer so weit der Einfluß der im Schlepptau der liberal-radikalen bürgerlichen Parteien befindlichen Führer reicht. Und alle bedeutenderen Parteiführer der Liberalen halten sich fern. Kurz, die Friedensbewegung in England ist augenscheinlich nicht so stark, wie zu Anfang der fünfziger Jahre, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie im Ernstfalle wie damals zerfallen wird, gleich Spreu vor dem Winde.

Wenn die russische Diplomatie also gehofft hat, durch das Friedens-Manifest das englische Volk gegen die englische Regierung zu heben, so hat sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Ja, sie hat, weil ihr Spiel gar leicht zu durchschauen war, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines Krieges mit Rußland in der englischen Bevölkerung bloß noch in weitere Kreise getragen.

Ob nun der Krieg unvermeidlich ist? Leichtsinzig angreifen wird England gewiß nicht. Es wird bloß angreifen, wenn es muß. Und Rußland ist sicherlich jetzt nicht in der Lage, England mit Aussicht auf Erfolg die Stirn zu bieten. Die Hungersnoth im Lande, die Mißverwaltung des schlecht regierten Reichs, die finanzielle Zerrüttung, die jüngsten politischen Niederlagen in China, wo die englische Kultur der russischen Brutalität immer mehr den Rang abläuft, die merkwürdige „Krankheit“ des Zaren, der nach den neuesten Berichten in ähnlicher Lage zu sein scheint, wie der Kaiser von China — das Alles muß der russischen Diplomatie die unangenehme Wahrheit zum Bewußtsein bringen, daß Rußland in die Reihe der kranken Männer getreten ist. Aber kann der Zarismus, der auf die Eroberungspolitik angewiesen ist, von dieser ablassen? Es wäre Selbstmord. Denn nur ein liberales, konstitutionelles Regiment könnte auf die Eroberungspolitik verzichten.

Wie immer dem sei, das Fiasco der russischen Friedenskonferenz, falls sie überhaupt zu Stande kommt, ist unvermeidlich. Der Militarismus als organischer Auswuchs des modernen Kapitalismus wird erst mit dem Kapitalismus verschwinden — verschwinden durch die Thätigkeit der internationalen Sozialdemokratie, nicht durch die Agitation bürgerlicher Demagogen oder Utopisten, die, so weit sie den Militarismus wirklich bekämpfen, an dem Aste herumhängen, auf dem sie selbst sitzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Der Reichstag

hatte heute das Glück, den wirtschaftlichen Scharf- und Schächerinn unserer Edelsten der Nation, die sich wie in einem Turnier herumtummelten, bewundern zu können. Zwei Grafen waren es, die heute ihr geschäftliches

Talent ausstellten: der noch immer nicht „leicht“ gewordene Klinkowström und Schwerin, der seine gefristete Rede noch einmal hielt; außerdem die drei agrarischen Generalagenten Hahn, Camp und Rösicke, welche den Herren Grafen zu sekundiren hatten. Kanitz reservirte sich. Im Namen des kleinen Mannes ließen die Herren Sturm gegen die großen Mühlen, von denen sie sich benachtheiligt glauben und die sie nicht in ihrer Gewalt haben. Wehlbestener, Quebrachholz und schließlich noch Zuder — alles wirbelte durcheinander. Was die einzelnen Redner gesagt, das läßt sich nicht kurz darlegen — genug, jeder der Herren von der Rechten sprach als „Interessent“, und „die heiligsten Güter“, für deren Vertheidigung sie sich zusammengescharrt haben, sind „Arbeitergroßchen“, die auf dem Wege der Befestigung aus der Tasche des arbeitenden Volkes in die der Junker und Junkergenossen hinüberpraktizirt werden sollen. Betreffs der Zudersteuer wahrte Genosse Burm in kurzen kräftigen Worten den Standpunkt unserer Partei.

Morgen Fortsetzung. Zudersteuer u. s. w. Der Schwerinstag ist verschoben.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus sehte heute zunächst die Debatte über den Antrag Hirsch betr. Beaufsichtigung der Gruben durch Bergarbeiter fort. Es kamen nur noch zwei Redner zu Worte, der ultramontane Graf Strachwitz, der für den Antrag sprach, und der Nationalliberale Dr. Veumer, der ihn aus technischen und politischen Gründen bekämpfte. Herr Dr. Veumer sieht es als feststehend an, daß die Arbeiterdelegirten vielfach unter dem Einfluß ihrer Wähler stehen würden. Es sei nachgewiesen, daß mindestens die Hälfte aller Unglücksfälle zurückzuführen sind auf die Unvorsichtigkeit der Arbeiter; werden nun die Arbeiter-Delegirten bei dem bekanteten Terrorismus der Gewissen den Rath haben, in solchen Fällen den wahren Grund festzustellen? Weiter müsse man sich fragen, ob derartige Einrichtungen wirklich untern Arbeitern nützen oder ob sie nicht vielmehr lediglich der Sozialdemokratie Vortheil bringen. Alle in den letzten Jahren geschaffenen Institute, mit denen Wahlen verbunden sind, hätten zu einer Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses geführt, z. B. die Gewerbevereine. Bei den geheimen Wahlen zu den Gewerbegerichten werde eine vergiftende Agitation entfaltet, es erscheine eine Fluth von Wahlausrufen mit einer so kräftigen Sprache, daß dagegen die Wahlausrufe der politischen Parteien die reinen Waisenwaben sind. Ferner werde, wenn man mit Arbeiterdelegationen vorgehe, auch der Eisenbahnminister sich der Schaffung ähnlicher Verhältnisse nicht entziehen können, und auch der Kriegsminister werde sich auf die Dauer „diese Leute“ nicht vom Halbe halten können. Man sage, die Arbeiter hätten einen solchen Bildungsgrad, daß man ihnen das geheime Reichstags-Wahlrecht habe gewähren können, dann könnte man ihnen dasselbe Recht auch für andere Wahlen geben. Dem gegenüber erlaube er sich die Frage, ob denn das deutsche Volk von dem Reichstags-Wahlrecht immer den richtigen Gebrauch gemacht habe.

Um diese exzentrifische Rede völlig würdigen zu können, muß man wissen, daß Dr. Veumer in seinem Privatleben Sekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen und Sekretär der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist.

Nach der Rede des nationalliberalen Abgeordneten wurde die Debatte geschlossen und der Antrag Hirsch, wie voranzugehen, gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der freisinnigen Parteien abgelehnt. Der Rest des Tages wurde ohne Debatte erledigt, ebenso eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen und Petitionen.

Morgen: Eisenbahnetat.

Wie Stumm zittert.

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ macht auf folgendes Bittungsantragsstück des immer loyalen, selbst einen Hinzulagen Unwahrscheinlichkeit ab-schüttelnden Freiherrn v. Stumm aufmerksam. Herr v. Stumm leistete sich in seiner Reichstagsrede vom 22. Februar, in der er die ädeltäre Angelegenheit zuerst anschnitt, die Ueberzeit, daß die Sozialdemokratie eigentlich Schuld sei an den Ausbreitungen. Zum „Beweise“ dieser Behauptung führte er wörtlich nach dem amtlichen Stenogramm aus:

„... ich will doch ein Zitat aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ verlesen, die schreibt:

„Daß den Verurtheilten jedes Schuldbewußtsein gefehlt habe, und daß sie zunächst in durchaus unanfechtbarer Weise (wachen rechts) ihre Interessen gewahrt und unter dem Eindruck der berechtigten Nothwehr (wachen rechts) gegen den schließlichen Bauunternehmer gehandelt hätten.“

Ja, meine Herren, wenn in der offiziellen sozialdemokratischen Presse derartige Beschönigungen vorkommen — im „Vorwärts“ stehen ähnliche Dinge —, dann darf man sich doch nicht wundern, wenn diese Dehnerien aufreizend auf die Leute einwirken und auf einen fruchtbareren Boden fallen.“

In Wirklichkeit ist das, was Herr v. Stumm als Zitat aus der „Sächs. Arb.-Ztg.“ ausgab, nicht in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ enthalten gewesen, sondern ist ein Zitat aus dem — Dresdener Journal“, aus dem berühmtesten Artikel über die Vöbtauer Landfriedensbrecher. Und die „Sächs. Arb.-Ztg.“ hatte bereits ausdrücklich gegen die ihr in jenem Zitat gemachte unwahre Unterstellung protestirt und die Verbreitung des „Journals“ richtig gestellt.

Obwohl dem Freiherrn v. Stumm am 28. Februar von sozialdemokratischer Seite erklärt wurde, es sei nicht wahr, daß irgendwiewe Ausbreitungen von der sozialdemokratischen Presse beschönigt worden seien, griff er nochmals auf dasselbe falsche Zitat zurück und sagte:

„Ich erinnere weiter an das Urtheil der „Sächs. Arb.-Ztg.“, das ich gestern vorgelesen habe, wo ausdrücklich die Vorgänge als ganz harmlos und berechtigt hingestellt wurden.“

Diese zweite Unwahrheit des Freiherrn ist doppelt gewichtig. Im „Journal“ beschränkte sich die Unwahrscheinlichkeit darauf, daß die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ das erste Austritzen der Arbeiterentschuldigt habe. Herrn v. Stumm genügt diese Unwahrscheinlichkeit

nicht, er potenziert sie zu einer Rechtfertigung des ganzen Erzeugnisses durch die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, welches Blatt aber thatsächlich jene Ausfereinigungen selbst in keiner Weise geschügt und beschönigt hat.

Herr v. Stumm ist auf einer groben Entstellung von Thatsachen erpapt. Die „Post“ würde ihrem politischen Gegner gegenüber von Fälschung sprechen! —

Eine Nachricht aus dem Mittelalter findet jetzt erst den Weg in die Öffentlichkeit. Lebte da einmal in Würzburg ein gelehrter Professor der katholischen Theologie, der emsiglich Bücher auf Bücher schrieb, in denen er die katholische Lehre verherrlichte. Der Mann hieß Schell, er unterrichtete aber in Würzburg die Studienstube der Gottesgelehrten. Jedemoch hatte dieser fromme Mann im Geheimen einen Mitarbeiter, der nach Schwefel stank und nach höllischer Feuer, nicht anders wie der leibhaftige H. Der Papst aber merkte alleiu die verruchte Mitarbeiterschaft und sandte folgendes Schriftstück in die Welt:

Die hl. Kongregation der vom hl. Vater Papst Leo XIII. und dem Apostolischen Stuhle mit dem Index der verbotenen Bücher, deren Kamhaftmachung, Reinigung und Erlaubnis für die ganze katholische Welt beauftragt und bestimmten Kardinalen hat in der Sitzung vom 15. Dezember, welche im vatikanischen Palast gehalten ist, die nachstehenden Werke verurteilt, namentlich bezeichnet und in das Verzeichnis der verbotenen Bücher aufnehmen lassen:

Katholische Dogmatik, in sechs Bänden, von Hermann Schell, Direktor der Theologie und Philosophie, Professor der Apologetik an der Universität Würzburg, Paderborn, Ferdinand Schöningh, 1889, 1893.

Die göttliche Wahrheit des Christentums, in vier Bänden, von Dr. Hermann Schell, Professor der Apologetik an der Universität Würzburg, Paderborn, Ferdinand Schöningh, 1895, 1898.

Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts, von Dr. Hermann Schell, Professor der Apologetik und derzeitiger Rektor der Universität Würzburg, Würzburg, Andreas Göbel, 1897.

Die neue Zeit und der alte Glaube. Eine kulturgeschichtliche Studie von Hermann Schell, Professor der Apologetik an der Universität Würzburg, Würzburg, Andreas Göbel, 1898.

Niemand also, weh Rang und Staudes er immer sei, soll es wagen, die genannten Verurtheilungen, namentlich bezeichneten Werke irgendwo oder in irgend einer Sprache herauszugeben oder zu lesen oder bei sich zu behalten, sondern Jeder ist unter der im Index verzeichneten Strafe verpflichtet, dieselben den Bischöfen oder den Inquisitionen zu übergeben.

Diesem Befehl hat Sr. Heiligkeit nach dem Vortrage des unterzeichneten Sekretärs befohlen und zu veröffentlichen befohlen.

Andreas Cardinal Steinhilber
Präsident.
Fr. Marcolinus Cicognani O. P.
Sekretär.

Das Merkwürdigste an dieser Geschichte aus dem Mittelalter ist, daß sie schaltische Zeitungsschreiber in den Februar des Jahres 1899 verlegen. —

Prof. Schell hat sich übrigens bisher Rom nicht unterworfen. Er wurde zu Beginn seiner Vorlesung beim Erscheinen von den Zuhörern mit stürmischen Beifall begrüßt. Er beleuchtete eingehend seine Festredungen und erklärte, auf alle Opportunität verzichtend und ein beharrlicher Vorkämpfer für die Wahrheit zu bleiben zu wollen: „Sie werden mich stets bereit finden, der Wahrheit zu dienen.“

Dieselben Blätter, die sonst für jede Disziplinierung schwärmen, finden den Widerstand gegen Rom lässlich. Wie die liberale Presse über die Angelegenheit urtheilt, ersieht man aus der Nummer „Deutscher Reichszeitung“:

„Wir sind überzeugt, daß er das Gute gewollt hat und daß er diesen guten Willen beweisen wird durch eine katholische Unterwerfung.“

Trotzdem stehen wir nicht an, das Dekret der Indexkongregation zu begrüßen, denn die Richtung, welche durch die genannten Blätter Schell's in Deutschland anfangs besonders bei den Jüngeren maßgebend zu werden, war eine gefährliche. Es war eine Konzeption an den falschen liberalen Geist unserer Zeit, den man Aufklärung nennt und der eine gewisse negative zersetzende Wissenschaftlichkeit über die kirchliche Seite zu setzen versucht.

Kein Wunder, daß der ganze Liberalismus mit seinem Streben nach Ungeheuerlichkeiten wie jenen des Herrn Professors Dr. Schell beflaunt zujubelte und mit einer großen ängstlichen Spannung darauf wartete, ob die Kirche schwoigen würde, ob die Gelegenheit komme, endlich Orefche zu legen in den festen Thurm der Kirche, welcher seinen Schutz und seine Stärke findet in den positiven Lehren und Bestimmungen, welche die Aufgabe haben, die Ungeheuerlichkeiten niederzuhalten.

Causa finita! (Die Sache ist erledigt!) Für uns die Sache allerdings insofern nicht erledigt, als das Dekret durch das Verbot früher erschienenen Blätter einen deutlichen Wink und Fingerzeig giebt auf die einschlagende Richtung in der Zukunft.

Für uns können solche Worte wie aus einer anderen, fremden Welt. Dagegen ist es eitel Heuchelei, wenn unsere evangelischen Papisten, mögen sie sich nun liberal, freikonfessionell, national oder sonst wie nennen, sich laut entrüsten. Es ist der gleiche reaktionäre Geist, der den Gedanken hiehet, die Freiheit zerrütet, und im Staatsanwalt den heiligen Hüter der Ordnung erkennt. Es ist dieselbe Welt, in der die Oefse bestrühen, die Rede nach den Weinen schießen, die Posadowsky, Stumm und Häger fürs Zuchtthaus eifern. Es ist die Mächtigkeit der Funtel vom Galm und vom Hohen, die jede Aufklärung ihrer durch das Elend an die Scholle gesesselten Sklaven zu vereiteln trachten, und das „Los von Rom“ ist bei Weitem nicht so dringlich wie — in gewisser Sinne — das „Los von Berlin!“ Und gar unsere Professoren, die ihren Kollegen müthig schweigend dem höher überlegen, welches Recht haben sie, über katholische Unabständigkeit zu bromarbasten?

Der weltgeschichtliche Kampf zwischen Licht und Finsterniß wird heute auf einem anderen Felde ausgefochten. Unser Feind ist die Akerise des vereinigten Kapitalismus, die den freien Gedanken, das freie Handeln, die freie Selbstbestimmung des Volkes in Ketten schmiedet, die der gemeinsten Selbstliebe die aufsteigende Kultur und ihre Vorkämpfer schamlos andiefert, die die wahre Wissenschaft wie den wahren Glauben an die Menschheit verleumdet und verhöhnt — das ist das moderne Pfaffenhum, das mit Inquisition, Folter und Jüder wilder und verdrückter Wirtschaft als jene Tempelhüter der allein selig machenden Glandigkeit, „Kulturkämpferische“ List wird uns niemals verschühen, den wahren Feind zu vergessen. —

Deutsches Reich.

Eine Freisinnige. Die offizielle „Berl. Correspondenz“ berichtet: „Die Freisinnige Zeitung“ und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ enthalten Erörterungen und Meldungen, welche den Eindruck zu erwecken geeignet sind, als beständen Gegenstände zwischen einzelnen der Herren Ressortminister und dem Herrn Präsidenten des Königlich-preussischen Staatsministeriums. Als diese Mittheilungen entbehren jeder thatsächlichen Unterlage.“

Indem die „Berliner Correspondenz“ also „berichtigt“ bestätigt sie die Mittheilung, daß der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident, ferner Herr v. D. Rede's Einfluß nicht hinreichend, sich der Oberbürgermeister-Frage angenommen habe und versuchen wolle, ob er befähigt sei, der Stadt Berlin ein Oberhaupt zu verschaffen. —

Der Chefredakteur der „Post“ ist nicht bei Lame und seine unabhängigen Mitarbeiter leben in der Seele des Verwaltigen, daß unser gestriger Artikel so albern zu befinden sei, daß es sich nicht verlohne, darauf näher einzugehen. „Die Blamage, welche sich der

„Vorwärts“ durch seine jüngste That zugezogen, wird durch diese lässliche Erwiderung nur noch verstärkt.“

Leider verachtet die „Post“ darauf, unsere Blamage dadurch zu vollenden, daß sie die Briefe Stumm's ebenso wortgetreu abdruckt, wie wir es mit ihrer Komödie „Lorenz und Lorenzen“ gethan haben, dieser prächtigen Dichtung des Halberger's. Dagegen hat die „Post“ allerlei Helfershelfer gefunden: 1. Die „Staatsbürger-Zeitung“, die drischt, drischt und drischt, bis von der zerkümmerten Sozialdemokratie nichts mehr übrig bleibt. 2. Die „Deutsche Warte“, das Blatt mit den Redakteuren auf 24 stündige Kündigung, das natürlich das angenehme unabhängige Verhältnis zwischen Stumm und seinen Scheerenscheitern tief bewundern muß. 3. Die „Tägliche Rundschau“, die ihre beste Kraft durch eine leidige nationale Feindschafts-Verhältnisse eingebüßt hat und die an diesem Unglücksfall ihr Anstandsgefühl und ihre sittliche Urtheilskraft bis zu einer ungläubigen Feinheit geschliffen hat.

Sachlich den Spieß zu wenden versucht nur die „Staatsbürger-Zeitung“, indem sie eine Enthüllung über sozialdemokratischen Terrorismus zum Besten giebt. So hatte mit dem Stumm-Briefen ein Fiktular der freien Vereinigung der Zivil-Verfassung in Verbindung gebracht, das den Beweis liefern sollte, wofür böser Terrorismus in der Sozialdemokratie sein Wesen treibt. Das „terroristische“ Schriftstück lautet:

Berlin, Poststempel.

Werther Kollege!

Auf die Beschlüsse vom 21. Dez. 97 und 18. Januar 98, betreffend Teilnahme der Vereinigung am Gewerkschaftshaus mit 500 M., sind Sie verpflichtet, bis zum 15. Februar dieses Jahres zu diesem Zweck drei Monatsbeiträge im Voraus zu zahlen.

Sollten Sie diesen Ihren Verpflichtungen (1) bis zum 15. Febr. 98 nicht nachgekommen sein, haben Sie in kürzester Zeit zu gewärtigen:

1. Abzug bei Geschäften des Arbeitsnachweises;
 2. Ausschluss vom Arbeitsnachweis auf längere Zeit (1);
 3. Ausschluss aus dem Verein.
- Vorstehende drei Punkte werden unmaßsächlich (1) durchgeführt.

Der Vorstand.

Wir haben uns die Mühe genommen, uns über die Schriftstücke näher zu unterrichten und da stellt sich heraus, daß das Fiktular niemals eine Bedeutung gehabt hat. Schon die nächste Mitglieder-versammlung des Vereins, die am 22. Februar 1898 stattfand, beschloß, das Vorgehen des Vorstandes zu mißbilligen und es wurde mithin den angedrohten Maßnahmen keine Folge gegeben. Damit ist gewiß deutlich gezeigt, daß dem Mißgriff, der wesentlich durch den Vorstehenden veranlaßt war, sofort die nötige Korrektur folgte.

Die „Post“ und die „Staatsbürgerin“, die Eldesthelferin Stumm's, können aus dieser Gegenüberstellung ersehen, wofür sich sozialdemokratischer Terrorismus von dem ordnungsparteilichen Terrorismus unterscheidet. Geschehen bei uns gelegentlich Dinge, die auch nur den Schein des Terrorismus haben, so werden sie allgemein verurteilt und alsbald mit allem Nachdruck aus der Welt geschafft. Hingegen, wenn die Stimmlosen terrorisieren, dann loben das die Staatsbürger-Kammern und schimpfen nur auf die, so sich herausnehmen, die Gewaltthaten der Öffentlichkeit preiszugeben. —

Die Flegel-Bilder-Sprache des Grafen Wädler hat der „Staatsbürgerin“ den Beifall der ihr sonst so befreundeten Polizei zugezogen. Es wird gemeldet:

Eine Hausdurchsuchung bei der „Staatsbürger-Zeitung“ sollte Dienstag Vormittag von der Polizei auf staatsanwaltliche Verfügung vorgenommen werden. Den Anlaß dazu gab die Nummer vom 9. d. M., die die vielbesprochene Rede des Grafen Wädler, des Antivorkstehers in Klein-Tahira, enthielt. Seitens der Geschäftsstelle der „Staatsbürger-Zeitung“ wurden die noch vorhandenen Exemplare der Rede freiwillig herausgegeben, worauf die Beamten sich zufrieden gestellt entfernten. Gleichzeit mit der Geschäftsstelle der „Staatsbürger-Zeitung“ wurden auch alle öffentlichen Lokale einer Durchsuchung nach der Rede unterworfen.

Wir bedauern, daß durch den polizeilichen Eingriff dem Publikum die Gelegenheit entzogen worden ist, sich — in den Tagen des Juchhauskurzes — ein Urtheil zu bilden, wer zu Gewaltthatigkeiten aufreizt. —

Niemlich deutlich war gestern im „Reichs-Anzeiger“ der „Deutschen Tages-Zeitung“ Bescheid gesagt worden, die ihren Hammerstein von dem Verdachte reinigen wollte, er sei Miturheber der Reichs-Anzeiger. Der „Reichs-Anzeiger“ hatte mitgeteilt, daß der Entwurf auf einmütigen Beschlüssen des preussischen Staatsministeriums beruhe. Heute polktert nun die „Deutsche Tages-Zeitung“ zurück:

„Wir glauben, daß der „Reichs-Anzeiger“ sich diese Belehrung hätte eripieren können. Doch schließlich das Ministerium als solches eine Vorlage an den Bundesrath bringt, ist selbstverständlich. Daß aber auch die Überstimungen stattfinden, weiß außer der Redaktion des „Reichs-Anzeigers“ jeder Mensch im Deutschen Reich.“

Wenn den Andeutungen der agrarischen Zeitung thatsächliche Vorkommnisse zu Grunde liegen sollten, dann würde ein recht bezeichnendes Licht auf die Zustände innerhalb der Regierung fallen.

Ahwardt darf doch in Sachsen-Weimar Versammlungen abhalten. Unsere Notiz kürzlich war irrig. Es wäre auch schade, wenn die Sachsen-Weimarer nun diesen seltenen Hohenzug bekommen wären. —

Die Delegirten des Zentralverbandes der Industriellen waren am Dienstag in Berlin versammelt, um ihr Veto gegen jederlei Sozialpolitik einzulegen. Der bekannte Generalsekretär des Verbandes Herr Vued spielte die erste Rolle. Er erklärte sich scharf gegen die Anträge des Zentrums und der freisinnigen Volkspartei betreffend die eingetragenen Berufsvereine, ebenso gegen den nationalliberalen Antrag auf Einrichtung obligatorischer Schiedsgerichte von Arbeitgeber und Arbeiter in betriebsvergnügenschaftlichen Vereinigungen zwecks Beratung gemeinsamer Angelegenheiten. Als diese so überaus milden sozialpolitischen Forderungen selbst der nationalliberalen Partei sind den Herren vom Zentralverband in der Seele verhaßt, weil dadurch angeblich nur die Sozialdemokratie Stärkung erfahren würde. Auch gegen die Invaliden-Rovelle, soweit sie heilsamere Bestimmungen enthält, wendete sich die erlauchte Groß-Kapitalistenversammlung. —

Landtags-Vorlagen. Nationalliberale Blätter geben eine Kenberung des Finanzministers v. Miquel wieder, wonach mit den rückständigen Vorlagen für den Landtag auch die Kanal-Vorlage noch vor Ostern dem Landtage zugehen wird. Das Kommunal-Wahlgesetz werde in etwa acht Tagen dem Landtage zugehen. Eine Kreditvorlage fordert 5 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen. —

Ein neues Kantschen? Wie aus Peking der offiziöse Draht meldet, sind in Tientsin, und zwar in der Stadt selbst, am 25. d. Mts. Abends mehrere Deutsche beschimpft und thätlich angegriffen worden, so daß sie durch Seitenstrafen flüchten mußten. Die „Post“ Hg.“ fügt dieser Mitteilung gleich hinzu, welche Vorzüge die Stadt Tientsin besitzt: Tientsin, der Vorhafen von Peking in der Provinz Petchili, liegt an der Mündung des Kaiserkanals in den Pei-Ho, etwa 50 Kilometer von der Küste und zählt gegen 1 Million Einwohner.

Wittert man vielleicht ein neues Objekt für einen Paatvertrag à la Kantschen? Aber dann hätten doch die beschimpften Deutschen auch mindestens ermordet werden müssen.

Auch Herr v. Bismarck, der Staatssekretär des Aeußeren, hat bereits zu der Angelegenheit gesprochen. In der Budgetkommission machte er am Dienstag die folgenden Mittheilungen:

„Aus Tientsin ist uns gestern Abend ein Telegramm zugegangen, nach welchem am 24. d. M. Abends mehrere Deutsche in der Stadt angegriffen und insultirt worden sind, die genöthigt wurden, sich in die engen Seitenstrassen zu flüchten. Wir hätten schon vor einigen Wochen die Meldung erhalten, daß sich in China eine gewisse Geistesgegenwart gegen die Fremden geltend mache und namentlich im Süden

von Shantung eine Gährung vorhanden sei. Wir haben schon damals der chinesischen Regierung nicht verhehlt, wie notwendig es sei, daß sie mit Bezug auf die öffentliche Sicherheit größere Wachsamkeit zeige. Infolge des gestern aus Tientsin eingegangenen Telegramms habe ich unseren Gesandten in Peking angewiesen, der chinesischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß, falls bezügliche Vorkommnisse nicht streng gehandelt werden oder gar sich wiederholen sollten, dies für die chinesische Regierung ernste Folgen nach sich ziehen würde. Wir haben weder eine Veranlassung noch die Absicht, uns in die inneren chinesischen Verhältnisse einzumischen. Aber wir haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß Leben und Eigenthum unserer Reichsangehörigen, unserer Missionäre und ihre Anstalten, unsere Kaufleute und ihre Handelsunternehmungen, kurz unsere eifigen und materiellen Interessen durch die inneren chinesischen Wirren nicht gefährdet werden. Wir werden die Pflicht vor Augen behalten und die gewichtigen Interessen, welche wir in China besitzen, mit Nachdruck schützen.“

Das klingt ja sehr unternehmungslustig. —

Amerikanische Kommission in Deutschland. In Hamburg ist eine amerikanische Abordnung eingetroffen, die Deutschland besuchen soll, um festzustellen, wie die jetzt bestehende Fleischschau gehandhabt und in welchem Umfange amerikanische Fleischwaren bisher beanstandet wurden. —

Und Oberhessen. Ein eigenthümliches Verhalten zeigt die oberhessische Polizei in den Fleischnowiger Versammlungen. Zweimal hinter einander hat sie jetzt das erhöhte Eintrittsgeld lenksiert; auch hielten sich mehr als zwei Polizeibeamte in Versammlungslokal auf, und die überzähligen zwei verließen es nicht, obgleich sie hinausgewiesen wurden. Durch Reichwerden und Strafanträge wegen der Ueberschreitung gegen die betheiligten Beamten wird versucht werden, Abhilfe zu schaffen. —

Dresden, 23. Febr. (Wg. Ver.) Dem Beispiel anderer großen Städte folgend, ist nunmehr in den letzten Tagen ein Arbeiter-vertreterverein ins Leben gerufen worden. Diesem Verein sollen die Vertreter der verschiedenen Arbeitervereinigungen, Orts- und Hilfskassen, Berufsvereinigungen, Alters- und Invaliditätssicherung u. s. w. angehören. Die Hauptaufgaben des sehrlich sehr nützlichen Vereins werden sein: Die Regelung der Vertreterwahlen zu den in Frage kommenden Anstalten und Verbreitung der Kenntnis der Versicherungs-Gesetzgebung. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der Bergarbeiter Sabulla aus Michalkowij bei Kattowij ist vom Westpreussischen Landgericht von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen worden. Ein ehemaliger Kollege Morawicz, mit dem er sich wegen einer Biere verfeindet hatte, war der Denunziant. Sein Zeugnis war so ungläubig, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragte. Morawicz hat indeß seinen Mitarbeiter schon wieder wegen desselben Vergehens angezeigt. Das Denunziantenthum blüht in Oberhessen leider noch allzu sehr.

Chronik der Gewaltthatigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Juchhaus-Kurz.)

Das Dienstmädchen L. kam am 1. Mai v. J. von Regensburg nach München und trat bei dem Ingenieur Ludwig Hedelmann, Sonnenstr. 8, in Stellung. Die Stellung bezogte dem Mädchen nicht, weshalb es am 15. Juli kündigte und sich nach anderer Stellung umsah. Nun hatte das Mädchen die Hölle im Hause. Kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist verlangte Hedelmann das Dienstoffentbuch, das sich schon in den Händen der zukünftigen Herrschaft befand. Und als das Mädchen erklärte, daß es auf ein Zeugnis von dieser Stelle verzichte, fiel der gnädige Herr über die Wehrlose her, droffelte sie, warf sie zu Boden und traktierte die Arme mit Fußtritten. Das Mädchen begab sich, wie die „Post“ berichtet, auf die Polizei, um Anzeige gegen den rohen Patron zu stellen und wurde von hier aus sofort dem Krankenhaus zugeführt. Das linke Auge und die linke Wange waren infolge der Mißhandlung mit Blut unterlaufen und auf dem linken Ohr hörte das Mädchen längere Zeit überhaupt nicht mehr. Hedelmann wurde um ganze 50 Mark bestraft.

Der badische Fabrikinspektions-Bericht.

Aus Karlsruhe wird uns gemeldet: Im neuen Fabrikinspektions-Bericht findet sich ein ganz merkwürdiger Lapfus. Es handelt sich um die Stellung, welche die Fabrikinspektion zu den Anträgen der sozialdemokratischen Kammerfraktion bezug. zu den Beschlüssen der Kammer nimmt, welche den Landtag im Frühjahr 1898 beschäftigten. Auf Antrag der Petitionskommission beschloß die Kammer im Wesentlichen mit großer Mehrheit:

1. Die große Regierung zu ersuchen, in den größeren Industriebezirken des Landes Unterinspektionen zu errichten.
2. Die Regierung aufzufordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und auszubilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbeinspektion angestellt werden können.
3. Die Regierung aufzufordern, für Bestellung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorgane besorgt zu sein und bei der Anstellung von nichtakademisch gebildeten Beamten der Gewerbeinspektion den Arbeitern das Vorschlagsrecht einzuräumen.

Welches Erlaunen erweist es nun, wenn man Seite 2 des Jahresberichts liest, die Kammer hätte folgenden Antrag angenommen:

Den Antrag auf Errichtung von Unterinspektionen abzulehnen, dagegen die Regierung zu ersuchen, die Frage der Dezentralisation weiter zu prüfen und sie ins Werk zu setzen, wenn alle der Gewerbe-Ordnung unterworfenen Anlagen der Gewerbe-Aufsicht unterstellt seien.“

Der Fabrikinspektion passierte hier ein Lapfus, der fast unverzeihlich ist. Einen Trost mag sie darin finden, daß das Organ der badischen Zentrumsfraktion, aus deren Mitte der sehr fleißig ausgearbeitete Bericht der Petitionskommission zum sozialdemokratischen Antrag stammte (Abg. Schuler), jetzt den allgemeinen Theil des Jahresberichts bespricht, ohne auf den großen Widerspruch mit dem Kammervotum aufmerksam zu werden. Aber, Herr Dr. Wörtschöffer, das kommt davon, wenn die Fabrikinspektion am Regierungstische der Kammer nicht zugelassen ist! —

Ausland.

Bei der Behandlung der Revisionsvorlage im französischen Senat

hielt, wie wir unseren Depeschen in gestriger Nummer nachtragen, der Senator Berenger eine sehr wirkungsvolle Rede gegen die Vorlage. Unter Anderem führte er aus:

Niemals kann ich zulassen, welche Umstände auch eintreten mögen, daß man unserem Lande ein solches Gesetz aufdrängt, das allen, von zivilisirten Völkern anerkannten Prinzipien Hohn spricht, und das Alles nur, um einem Ministerium aus einer augenblicklichen Verlegenheit zu helfen! Was mich untröstlich macht, ist die leichfertige Verleumdung aller Grundzüge, die ich bisher für heilig hielt. — Ein Volk kann schließlich ohne Freiheit leben, aber niemals ohne eine geachtete Justiz, ohne den Schutz der Bürger und das Recht der Vertheidigung! (Stürmischer, wiederholter Beifall links und im Zente.) Berenger führte weiter aus, wie sämmtliche Verfassungen seit 1789 die Bestimmung enthalten, daß Niemand seinen natürlichen Rechten entzogen werden kann. Im Augenblick kann man die Verfassung nicht ändern, man ändert aber die Richter. Man sagt, daß die Vorlage eine vermehrte Garantie schafft. Das ist die Sprache aller Staatsstreicher! (Stürmischer Beifall links und Handclatschen links. Minutenlange Erregung.) — Statt die betheiligten Richter vor ihren natürlichen Richter, das

eiht das Disziplinargericht, zu stellen, wo sie sich recht- fertigen können, brandmarkte man sie, ohne sie zu hören. Dieses Richtshörsen erinnert mich, wie oft ich mich fragte und mit welcher Beklemmung, ob man dem Verurteilten, um dessen Schicksal es sich heute handelt, nicht auch das Wort verweigerte zur Verteidigung? Soll denn die Regel werden, daß man dem Angeklagten das Recht der Verteidigung wegnimmt? Als alter Richter protestiere ich gegen die unwürdige Art, womit gegen die Richter des Kassationshofes die Enquete geführt wurde. Man spionierte gegen die Richter. Ein Mitglied des höchsten Gerichtes selbst verlor an die Presse Verleumdungen gegen seine Kollegen. Zu allen Zeiten, in allen Ländern fanden sich Schriftsteller, solche Hand- lungen zu brandmarken, und ich brauchte vor Duquoy nur die Bücher aufzuschlagen, um heute noch glänzende Stellen zu finden. Man hätte die Revision wegen Illegalität machen können, aber es fand sich ein Kriegsminister, der sagte, Drehfuß sei rechtlich und gesetzlich verurtheilt. Die spätere Regierung beschloß, nach- dem sie zuerst gegögert, die Revision, der Kassationshof beschloß die Enquete und dürfte heute im Besitz der Wahrheit sein. Hüten Sie sich, jetzt einzugreifen, es könnten sonderbare Dinge geschehen. Sie sind besonders streng gegen die Ziviljustiz, aber gegenüber der Militärjustiz soll nicht einmal die Frage gestattet sein, ob die einschlägigen Regeln der Justiz 1894 beachtet wurden. (Bewegung.) — Ich bin entschlossen, alle diese Schleiher aufzuheben, wenn ich auch alle persönliche Freunde verlege.

Die Rede mit ihrer Ankündigung von Enthaltungen machte tiefen Eindruck. Nach derselben vertagte sich der Senat auf Dienstag.

Oesterreich-Ungarn.

Die erste wichtige Folge der innerpolitischen Neugestaltung in Ungarn wird die Auflösung der apponyischen Nationalpartei bilden. Diese Partei wird Donnerstag in einer Konferenz beschließen, daß sie infolge der mit Szell und mit der liberalen Partei hinsichtlich der wichtigsten abschwebenden politischen Fragen getrockneten, voraussichtlich auf Jahre hinaus geltenden Vereinbarung als Partei zu bestehen aufhöre. Der größte Theil der Mitglieder wird sodann in die liberale Partei eintreten. — Die Dissidenten, die wegen der lex Tisza aus der liberalen Partei ausgetreten waren, beschloßen am Dienstag, wieder in den Schoß der Mutterpartei zurückzukehren, darunter Szillogyi und die Grafen Andrássy und Esaky.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. (Fig. Per.) Ein sozialistischer Wahl- sieg. In Karbonne wurde im ersten Wahlgang Genosse Ferroul in die Deputirtenkammer gewählt. Damit ist das gefälschte Wahl- ergebnis vom Mai vorigen Jahres wieder gut gemacht. Der damals als gewählt proklamirte Méline'sche Kandidat hatte immerhin so viel Schon, nicht von neuem zu kandidiren, nachdem seine „Wahl“ laßter worden war. Ferroul erhielt 6788 Stimmen gegen 4700 auf den Ordnungsmann gefallenen Stimmen. Im Mai v. J. hatte Ferroul im ersten Wahlgang 5202 Stimmen erhalten. — Der Sieg von Karbonne ging für die sozialistische Partei 1893 verloren, ebenfalls infolge von Wahlfälschungen. Der beharrliche Kampf hat nun endlich den Fallschirm des Handwert gelegt.

Die Handfuchungen und Vernehmungen in Paris fördern interessante Dinge aus Tageslicht. Unser Parteiblatt, die „Petite République“, veröffentlicht eine Interzession mit dem Senator Buffet, in welcher dieser das Verlangen äußerte, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, wenn man glaube, daß er an einer Konspiration theilgenommen habe. Das Blatt glaubt zu wissen, daß in den be- schlaggenommenen Papieren die Namen der Präfecten und sonstigen Beamten enthalten sind, die nach dem Selingen des Staatsstreiches sogleich an die Stelle der gegenwärtigen gesetzt werden sollten. Der Staatsstreich sollte stattfinden, sobald ein General, dessen Name nicht angegeben wird, Kriegsminister ge- worden wäre.

Der „Figaro“ meldet, er habe ebenfalls erfahren, daß die be- schlaggenommenen Schriftstücke die vollständigen Einzelheiten über die zukünftige Einrichtung der monarchistischen Re- gierung und die Verzeichnisse der von dem Herzog von Orleans nach seinem Erscheinen in Frank- reich zu ernennenden Beamten enthalten. Gleich- wohl glaubt der „Figaro“, daß man das Bestehen eines Komplotts nicht werde nachweisen können, obgleich sehr belastende Briefe ge- funden worden seien, von denen z. B. einer lautet: Sehen Sie doch zu, ob General E. . . würde marschiren wollen! Wenn ja, an- worten Sie mir sofort und ich werde die Antwort weiterchicken. Dam würde Alles gut gehen!

Mehreren radikalen Blättern zufolge geht aus bei dem Senator Buffet beschlaggenommenen Papieren insbesondere das Bestehen eines orleanistischen Komplotts hervor. Gewisse aus- wärtige Souveräne hätten Geld für das Komplott hergegeben. Dieses sollte von einem aktiven General ausgeführt werden, von dem es hieß, daß er demnächst Kriegsminister würde. Die Orleanisten sollten nur die Ernennung des Generals zum Kriegsminister ab- warten, um zu handeln. Déroulède habe den ganzen Plan zerstört.

Ob es sich wirklich um eine „Verschwörung“, oder mehr um ein Privatvergnügen der Monarchisten gehandelt hat, die auf dem Papier einen König und eine neue Verwaltung einlegten, muß die weitere Untersuchung lehren.

Dänemark.

Im Folkething stand der von der Linken beantragte Geset- entwurf betreffend das kommunale Wahlrecht (ausgenommenen Kopenhagen) zur Berathung. Der Antrag ist vom Austausch in der Weise geändert, daß an Stelle des vorgeschlagenen Zweiklassen- Wahlsystems die Verhältniszahl- Wahlmethode ein- geführt wird. Aber auch die Linke hat das von der Sozialdemokratie geforderte vollständig allgemeine kommunale Wahlrecht nicht akzeptirt. Sie stellt zur Bedingung, daß man Steuern zahle, und schließt damit alle Dienstboten aus. Die sozialdemokratischen Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die unserer Vertreter abgelehnt, der Antrag der Ausnahmeherrschaft angenommen.

Spanien.

Madrid, 27. Februar. Im Senat brachte General Baged einen Zusatzantrag zu dem Gesetzentwurf über die Abtretung der Philippinen ein, nach welchem die Regierung ermächtigt sein soll, alle Inseln, welche Spanien noch im äußersten Orient ge- blieben, auszutauschen, zu verkaufen oder überhaupt auf- zugeben.

Zunehmend versucht Spanien, sich wieder in den Besitz einer Kriegsflotte zu setzen. Auf der staatlichen Werft bei Cadix- fund am Freitag die Kiellegung für den Panzerkreuzer „Sant“, welchen die spanischen Staatsangehörigen in Mexiko ihrem Vaterlande zum Geschenk bringen. Die Gesamtkosten des Schiffes betragen 4 1/2 Millionen Pesetas. Der von den in Argentinien lebenden Spaniern geschenkte Panzerkreuzer „Buenos Ayres“, welcher in Havre für 5 1/2 Millionen Franz krant wird, soll bis Juni fertig werden. Die bei Beginn des Krieges begonnene Rationalisierungs- für die Verstärkung der Kriegsflotte wird nach einem königlichen Dekret am 28. Februar geschlossen. Die etwa 10 1/2 Millionen Pesetas betragende Sammlung soll zum Bau eines neuen großen Schlachtschiffes erster Klasse verwendet werden.

Russien.

Die Zwistigkeiten zwischen Rußland und England wegen der chinesischen Angelegenheiten hören nicht auf. Die „Times“ melden aus Peking vom 27. Februar: Der russische Ge- sandte in Peking richtete einen formellen Protest an den Zung- hi-König gegen die Bestimmungen des Vertrages bezüglich der neuerdings in London aufgelegten Anleihe zum Zwecke der Fort- führung der Rintschwang-Eisenbahn. Der russische Ge- sandte beschuldigt deshalb den Zung- hi-König des Vertrauens- bruchs.

In einem Artikel der „Times“, in welchem die obige Befinger- Meldung besprochen wird, heißt es, es sei das Vorgehen Rußlands in dieser Angelegenheit schwer vereinbar mit dem in Petersburg ausgesprochenen Wunsche, mit England bezüglich der Angelegen- heiten im äußersten Orient eine freundschaftliche Verständigung herbeizuführen, und man hoffe, es werde sich herausstellen, daß sowohl der jetzige russische Gesandte in Peking von Giers, wie der frühere russische Geschäftsträger Pawloff etwas weiter gegangen seien, als ihnen ihre Instruktionen gestatteten.

Australien.

Ueber die Wirren auf Samoa sind nun briefliche Nach- richten gekommen, die aber das Wirral nicht entwirren. Es ist wie bei einer allgemeinen Prügelei — und geprügelt hat man sich —, wo Jeder auf den Andern die Schuld wälzt und Keiner unschuldig ist. Der Tropenfieber grassirt auch in Samoa, und er bringt es mit sich, daß alle Gebote der Sitte und des Anstandes mit Füßen ge- treten werden. Zum Glück scheinen die Regierungen vernünftig zu sein, und allem Vermuthen nach wird die Sache damit enden, daß die Sanktionsmacher, die allen drei Nationen angehören, von ihren Regierungen an Orte geschickt werden, wo sie weniger Gelegenheit zu Unfug haben.

Parlamentarisches.

Justiznovelle. In der sechsten Kommission. — Antrag Rintelen, Novelle zur Gerichtsverfassung, Straf- Prozeß- Ordnung u. — wurde gestern der Rest des Artikel II, sowie Artikel IV und V betreffend das In-Kraft-Treten und die Ver- bindung des Gesetzes erledigt. Morgen beginnt parallel mit der bezüglichen Vorlage der Regierung die Verathung des Abschnittes über die Eidesfrage.

Banknovelle. In der Reichstags-Kommission für die Novelle zum Bankgesetz wurde am Dienstag § 13, der den Kreis der lombardischen Papiere erweitert, nach der Regierungsvorlage angenommen. Da Artikel 5 beauftragt Abg. v. Hertling (L) zu bestimmen, daß die Reichsbank vom 1. Januar 1901 ab nicht unter dem von ihr gemäß § 15 des Bankgesetzes gewöhnlich öffentlich bekannt gemachten Prozentsatz diskontiren darf, sobald dieser Satz 4 pCt. erreicht oder überschreitet. Die Privatnotenbanken sollen sich dem entsprechend verpflichten, nicht unter dem Prozentsatz der Reichs- bank zu diskontiren, sobald dieser Satz 4 pCt. erreicht oder über- schreitet, und im Uebrigen nicht um mehr als 1/2 pCt. unter dem Prozentsatz der Reichsbank zu diskontiren, oder falls die Reichsbank selbst zu einem geringeren, den Privatnotenbanken mitzutheilenden Satze diskontirt, nicht um mehr als 1/2 pCt. unter diesem Satze. Bankpräsident Dr. Koch erwidert in dem Antrage v. Hertling einen akzeptablen Vorschlag. Die Fortsetzung der Verathung wurde auf Mittwoch vertagt.

Der „Bund deutscher Frauenvereine“ hat dem Abgeordneten- hause eine Eingabe überreicht, in der er um die Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten bittet.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der Ober-Scharfmacher Sturm und der fäch- we General-Staatsanwalt Küger werden es den Sozial- demokraten sicherlich Dank wissen, wenn ihre Lobreden auf das Dresdener Urtheil auch in den Kreisen der Arbeiter verbreitet werden. Und bei dem Vertrauen in ihre gute Sache wird es auch in ihren Augen nichts von der Wirkung nehmen, daß auch noch die Medien der sozialdemokratischen Abgeordneten angegriffen sind. Die Uebersetzung vorwärts geht nämlich unter dem Titel: „Das Dresdener Justizhaus-Urtheil vor dem Reichstag“ diese Reichstags- Verhandlungen im feingraphischen Wort- laute heraus, nur ist, des besseren Verständnisses wegen, in einer Einleitung eine knappe Darstellung der Vorgeschichte des Prozesses vorausgeschickt. Die Broschüre wird vier bis fünf Bogen Großformat umfassen, der Preis beträgt 20 Pf. pro Stück. Bei der voraussichtlich hohen Auflage sind die Genossen gebeten, ihre Bestellungen möglichst umgehend an die Uebersetzung vorwärts, Deutschstr. 2, Berlin SW., zu richten. Zur Aus- gabe gelangt die Schrift Ende dieser Woche.

In Areuze getroffen sind die Stadtverordneten zu Burg- kladt. Sie beschloßen in gemeinsamer Sitzung, sich beim Besuche des Bezirks-Schulinspektors, der die Wahl des Genossen Landgraf in den Schulausschuß beanstandet, beiseiden zu wollen.

Eine Kreis-Konferenz hielten die Genossen des 1. hessischen Wahlkreises am Sonntag, den 26. Februar, in Hausen (Ober- hessen) ab. Nach dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes hat sich die Einführung einer einheitlichen Landes- Beitrags- markte vortrefflich bewährt. Dem Kreis-Wahlverein gehören jetzt ca. 600 Mitglieder an. Aus den einzelnen Orten wird von den Delegirten viel gellagt, doch ging aus dem Bericht des Kreis- Ver- trauensmannes hervor, daß diese Klagen der Unzufriedenheit pflicht- erfriger Genossen entspringen, die schneller vorwärts kommen wollten, als nun einmal möglich ist. Bei den kommenden Landtags-Wahlen soll mit Energie in die Agitation eingetreten werden, um den Landtags- Sieg zu erobern. Kandidat ist Gen. S. Weidemann. Gen. Krumm berichtet über die Presse. Er hält die Bewegung im Kreise Gießen für fast genug, um in absehbarer Zeit an die Herausgabe eines Tagesblattes denken zu können. Durch einen ein- stimmig angenommenen Antrag wurde die Presch-Kommission be- auftragt, die Herausgabe eines wöchentlich mehr oder mehr er- scheinenden Blattes zu erwägen. An der Konferenz nahmen ca. 100 Genossen theil. Mit Mandaten waren 27 Genossen von zehn Orten anwesend.

Die Krankheit des Genossen Agster scheint bedauerlicher Weise ernsterer Natur, als erst angenommen wurde; er mußte nach der Heilanstalt Füllingen gebracht werden. Mehrere Partei- genossen hielten ihn in seiner Wohnung in Forstheim ab und brachten ihn zum Bahnhofs. Er scheint von dem Wahn besungen zu sein, daß er verfolgt werde. Einige Tage vorher hatte er schon einen Anfall von Verfolgungswahn gehabt; sein Zustand hatte sich aber wieder gebessert, so daß er im Stande war, noch vor wenigen Tagen einen Vortrag zu halten. Seitdem hat sich die Krankheit aber wieder verschlimmert, so daß sich seine Uebersiedlung in die Heil- anstalt als notwendig heraussstellte. Hoffen wir, daß der Genosse Agster bald wieder hergestellt sein möge.

Polkeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Wegen verspäteter Aufnahme einer Verurteilung im „Volkblatt“ wurde in Halle der Redakteur Genosse Swienty zu 30 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurtheilt. Er hatte eine ihm am 28. Dezember v. J. vom Gutsbesitzer Wenddorf in Bohrisch bei Dellisch zugesandte Verurteilung, in der in Rede gestellt wor- den, daß ein Ochsenjunge geprügelt wäre, aus Versehen erst am 2. Januar veröffentlicht.

— Groben Unfug soll der Genosse August Kühn in Langen- bielea durch Abdruck des Fraktionsaufsatzes, betr. das Dresdener Justizhausurtheil, verübt haben; außerdem soll er eine nicht erlaubte Kollekte veranstaltet haben.

— Ueber das Dresdener Justizhausurtheil darf nicht ge- sprochen werden. Der Stadtrath zu Verbau verbot, den Inhalt: Was lehrt uns der Dresdener Bauarbeiter- Prozeß?, in einer Volksversammlung am letzten Sonntage zu er- örtern, unter Berufung auf § 6 des Vereinsgesetzes, indem er folgende Begründung gab: Aus der Verhandlung, welche der vor dem königl. Landgericht Dresden verhandelte Prozeß — um den es sich im vorliegenden Falle handelt — in der sozialdemokratischen Presse erfahren hat, geht zur Genüge hervor, daß das gefällte Urtheil von der sozialdemokratischen Partei, zu der sich sowohl der Einberufer der Versammlung, als auch der angemeldete Redner bekennt, zur Aufreizung der Menge gegen die richterliche und staat- liche Autorität und zur Herabwürdigung der Obrigkeit benutzt werden soll. Die Versammlung hat demnach in so weit den Zweck, eine unsittliche Handlung zu begehen.

Der Stadtrath zu Verbau scheint also der Ansicht zu sein, daß das Urtheil eine unangelegentlich Kritik nicht gut vertragen kann. So recht er damit haben mag, wird andererseits doch für weiteste Verbreitung gefordert werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Puher! Laut Beschluß der Versammlung vom 27. Februar ist das Bureau der Lohnkommission der Puher Hofen- thalerstraße 57, Restaurant Schiller, wieder eröffnet. Während der Probsttage können die Kollegen auch in den Vormittagsstunden ihre Arbeitskarten in Empfang nehmen. Mit dem Umschlag der Witterung beginnt die Vautenkontrolle und ist das Bureau nur in den Nachmittagsstunden von 3 Uhr ab geöffnet. Die Beiträge zum Streikfonds können während dieser Zeit jeden Tag abgeliefert werden. Die Arbeitslosen-Abstempelung erfolgt Donnerstag und Freitag Nach- mittag. Der Beitrag zum Streikfonds beträgt laut Beschluß pro Arbeitswoche 25 Pf. An Sonn- und Festtagen ist das Bureau ge- schlossen. Die Kollegen werden erlucht, sich recht zahlreich zu be- theiligen und die Arbeitskarten in Empfang zu nehmen.

Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter. Am Sonntag hielten die streikenden Weber eine Versammlung ab, die überaus zahlreich besucht war; mindestens 2000 Menschen hatten in dem großen Versammlungssaal Platz gefunden. Die Versammlung gab einer kampfsmuthigen Stimmung Ausdruck, die bezeugt, daß die Streikenden gewonnen sind, unerschütterlich an ihren Forderungen festzuhalten.

Demerkenswerth war das Auftreten eines Führers des Christlichen Textilarbeiter-Verbandes, des Herrn Pelsch, dessen Ausführungen den- jenigen der anderen Redner an Schärfe nichts nachgaben, ja sie stellen- weise übertrafen. Er meinte, die Freiheit sei nach und nach derartig zugestimmt worden, daß nichts davon übrig geblieben sei, als nur noch die Freiheit, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Das wolle er nun thun. Als die Fabriken errichtet worden seien, hätten die Fabrikanten alles gethan, um die Arbeiter in sie hinein zu locken, ja man gab ihnen Gehalt, bezahlte ihnen das Andrehen und gab ihnen anständige Löhne. Nach und nach ward das anders, man entzog den Arbeitern die Ver- gütungen für Nebenarbeiten und reduzirte die Löhne. Man verwardelte die Fabriken in eine Art Kerker und wachte die Arbeiter jedem Willen der Fabrikanten preiszugeben. (Sehr richtig!) Man machte für kleine Fehler hohe Abzüge, führte eine fleißige Aufsicht ein und erlaubte sich den Arbeitern gegenüber Ausdrücke, die er in seinem Wörter- buch nicht finden konnte. Man legte dem Ganzen durch die neue Lohnliste die Krone auf. In der Oeffentlichkeit wurde man die Meinung zu erwecken, als bedeute diese Liste eine Lohn- erhöhung, das Gegentheil sei der Fall: sie stellte eine weitere Herabmin- derung der Löhne dar, trotzdem die Mieten und Lebensmittel im Preise gestiegen seien. Er wisse nicht, ob es Dummheit oder Wohlthun der Fabrikanten sei, zu behaupten, es handle sich um eine Aufbesserung der Löhne. Die Arbeiter seien nicht so dumm, das zu glauben, das- für hätten sie in der Schule rechnen gelernt. Im vorigen Jahr habe es zwischen den einzelnen Verbänden noch Mißverständnisse und Borurtheile gegeben, heute sei das anders, heute stehen die Ar- beiter als geschlossene Phalanx da, um dem Ausbeutertum ent- schlossen entgegenzutreten. Es heiße: fort mit dem, was uns trennt um das im Auge zu behalten, was uns ein. Die Fabrikanten hätten Berechnungen an die Oeffentlichkeit gebracht, die in schlauer Weise aufgestellt worden seien. Bei Pelscher Gebrüder sollten durch- schnittlich 27 M. wöchentlich verdient worden sein. Er erlerne an, daß diese Firma die besten Löhne mit bezahle, aber nach dem Material, welches den Arbeitern vorliege, stelle sich der Durchschnittslohn auf 22 M., ziehe man hiervon noch das Krankengeld, Strafen und sonstige Abzüge ab, so blieben 20 M. übrig. Nach der neuen Lohnliste blieben noch 17—18 M. übrig und man erreiche damit denjenigen Satz, den die Fabrikanten-Versammlung in Düsseldorf für angebracht ge- halten habe. (Zu lobender Beifall.) Bei z. B. Deutzen sollte der Durch- schnittslohn 23 M. betragen. Er habe zwei Jahre dort gearbeitet und müsse sagen, der Durchschnittslohn betrage keine 18 geschweige 19 M. (Sehr richtig!) Wenn dem so sei, so sei es an der Zeit, die falschen Behauptungen und Auffstellungen der Fabrikanten zu wider- legen, man müsse ihnen die Larve vom Gesicht reißen. Gewiß sei ein solcher Lohn genügend für Sparbatter, Maßlaffner, Bierweizen und Pommes. Aber dem Arbeiter stehe rechtmäßig mehr zu, als demjenigen, der nichts thut, als hinter einer feinen Maske sitzen. Es heiße, das müsse so sein, es könne aber auch anders sein. Wir sind ungern in den Kampf hineingegangen, man hat ihn uns durch die neue Lohn- liste aufgezwungen. Die Arbeiter stehen geschlossen da und sagen: für die neue Liste thun wir keinen Schritt! (Lebhafter Beifall.) Wenn die Fabrikanten der Verringerung der neuen Lohnliste ein schroffes Nein entgegensetzen, nun gut, so mögen sie dies thun. Der Arbeiter weiß ebenfalls, was er zu thun hat. Man hat uns den Hebel des Schicksals hingeworfen, wir müssen ihn auf, und es gilt einen Kampf auf Leben und Tod. Wir werden festhalten wie der Fels im Meer, an dem sich die Bogen brechen. Er sage mit den Soldaten des Korps: Die Garde stirbt, sie erliegt sich aber nicht. (Ruhelnder Beifall.)

Die übrigen Redner sprachen gleichfalls ohne Ausnahme für die Fortsetzung des Kampfes und gelangte in diesem Sinne eine Re- sultation zur Annahme. Der Verlauf der Versammlung zeigte deutlich, daß durch die ablehnende Haltung der Fabrikanten der Widerstand der Arbeiter nur gesteigert ist. Die Arbeiter Deutschlands aber werden dafür sorgen, daß die kämpfenden Weber nicht durch den Mangel an Unterstützung zum Nachgeben gezwungen werden.

Die Maurer von Binneberg und den benachbarten Ortschaften befinden sich in einer Lohnbewegung und bitten deshalb dringend, den Jugug nach dort fern zu halten.

Die Former der Eisenlegerei von Griesse u. Komp. in Delmen- horst sind in den Ausstand getreten, nachdem der Chef der Firma es ablehnte, mit ihnen zu unterhandeln. Die Former verlangen Er- höhung des Lohnes und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Bremer Schneider haben am Montag allen Geschäfts- inhabern einen neuen Lohnarif vorgelegt und bis zum 13. März Antwort erbeten. Zu gleicher Zeit haben sämtliche Arbeiter, die in Mündigung stehen, gefündigt, um am 13. März bei einem Streik freie Entschließung zu haben.

Schwarze Listen. Ueber dieses beliebte Kampfmittel der Unternehmer-Organisationen entnehmen wir dem „Volkswillen“ in Hannover folgende Schilderung, die wiederum charakteristisch ist für die Kampfmethode gewisser Unternehmerkreise: „Ein für die Organisation in seiner Branche seit einigen Jahren recht thätiger Bild- und Stein- hauer belam auf seiner letzten Stelle beim Bild- und Steinhauer- meister Kramer in Hannover im November vorigen Jahres Streit wegen Lohnunterschieden, was zur Folge hatte, daß das Arbeits- verhältnis löst wurde. Seitdem ist es dem betreffenden Arbeiter nun nicht mehr möglich, in seinem Beruf Arbeit zu erhalten, ob- wohl derselbe eine anerkannt tüchtige Arbeitskraft ist. Daß das Unternehmertum den Betroffenen auf die verlastigte schwarze Liste gesetzt hat, ist zweifellos. Als der Arbeiter z. B. kürzlich im Sander'schen Geschäft Arbeit bekommen konnte und er seine Papiere abgab, da hieß es plötzlich: „Nein, Sie kann ich doch nicht brauchen.“ Und als derselbe dann etwas später wieder beim Stein- hauermeister Gebhardt in Arbeit treten sollte, da ging es ihm genau so. Vor einigen Tagen nun ward es dem betreffenden Arbeiter noch deutlicher zu verstehen gegeben, daß das Unternehmertum ihm seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt habe. Er hatte nämlich in dem bekannten Wiedert'schen Geschäft Arbeit erhalten. Als er dann aber Mittags anfangen wollte zu arbeiten, da hieß es wieder: „Nein, ich darf Sie doch nicht einstellen.“ Und als der Arbeiter dann fragte, welcher Grund denn vorläge, hieß es: „Das brauchen ich Ihnen nicht zu sagen!“

Der Jugug von Böttchern nach Jeruzi ist zu vermeiden. Die dort in der Fabrik von Karl Braumbach beschäftigten Böttcher unterbreiteten am 19. Februar dem Unternehmer einen neuen Lohn-

tarif. Als Antwort erhielten am 25. Februar sämtliche Wähler die Entlassung.

Die Tischler in Wiesbaden sind nachträglich doch gezwungen worden, in einigen Werkstätten in den Streit einzutreten. Jedoch sind bis jetzt bereits 33 Werkstätten mit ca. 200 Arbeitern die Forderungen bewilligt. Es wird dringend ersucht, Zugang von Schreiner, Maschinenarbeitern und Polstergehilfen streng fern zu halten.

Ausland.

In Norrland in Schweden legen bei den Elektrizitätsanlagen 900 Arbeiter die Arbeit nieder, da sie keine Lohnzulage von 5 Oere pro Stunde verlangen. Das Werk (muss fertiggestellt sein, bis die Frühlingsflut kommt; dennoch will die Direktion die Zulage nicht bewilligen.

In Malmö befinden sich die Stadtarbeiter einer größeren Firma im Ausstand. Sie bitten, daß aus Deutschland der Zugang ferngehalten wird.

Soziales.

Die königl. preussische Ministerial-Kommission hat in einer Verordnung die Bedingungen niedergelegt, welche bei der Vergütung von Arbeit und Leistungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staatseisenbahn- und Bergverwaltung zu Anwendung kommen sollen. Der § 8 handelt von der Erfüllung der dem Unternehmer Handwerker und Arbeiter gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten. In diesem Paragraphen wird bestimmt: „Sollte das angemessene Fortschreiten der Arbeiten dadurch in Frage gestellt werden, daß der Unternehmer Handwerker oder Arbeiter gegenüber die Verpflichtungen aus dem Arbeitsvertrage nicht oder nicht pünktlich erfüllt, so bleibt der bauleitenden Behörde das Recht vorbehalten, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Berechtigten zu zahlen. Der Unternehmer hat die hierzu erforderlichen Unterlagen, Lohnlisten etc. der bauleitenden Behörde bzw. den bauleitenden Beamten zur Verfügung zu stellen.“

Hier ist wohl die Verpflichtung des Staates anerkannt, für Einhaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen gewissermaßen mit zu sorgen, die Berechtigung und Verpflichtung des Staates, die Arbeitsbedingungen selbst zu beeinflussen und so zu gestalten, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiter entsprechen, bleibt davon jedoch unberührt.

Gerichts-Beitrag.

Abermals ein ehrenhafter Arbeiter wegen Erpressung verurteilt! Im Zeichen des Buchhandelskriegs mehren sich natürlich auch die Fälle, in denen Arbeiter, die nach Ansicht der bürgerlichen Gerichte auf ihre Redlichkeit einen „Zwang“ ausüben, um sie zur Erfüllung ihrer Organisationspflicht anzuhalten, wegen angeblicher Erpressung zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt werden. In diesem Falle handelte es sich um eine Anklage gegen die Maurer Richard Schulz und August Damske, die sich gestern vor der 1. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatten. Die beiden Angeklagten arbeiteten im August v. J. auf einem Neubau des Baumunternehmers F r o m h o l z in Pantow unter dem Polier W o t h e. Die auf dem Bau beschäftigten Maurer waren sämtlich organisiert und verlangten von jedem, der auf dem Bau arbeiten wollte, daß er auch zur Streikkasse beitrage. Die Kontrolle über die richtige Zahlung der Beiträge führten die beiden Angeklagten in ihrer Eigenschaft als Baupolier.

Als eines Tages ein Maurer seiner moralischen Verpflichtung nicht nachkommen war, entstanden Differenzen. Der Polier nahm Affordmatur an; nachdem er mit diesem Arbeitermaterial zur Genüge vorgefahren war, begann eine Demütigung ob des Zwanges, den die beiden Angeklagten angeblich auf Kollegen und auch auf den Polier ausgeübt haben sollten, indem sie diesem (sic) den Fall, daß er nichtorganisierte Arbeiter beschäftige, mit Arbeitsniederlegung gedroht hätten.

Nach nationalem Brauche wurden vom Staatsanwalt mit Rücksicht auf den „gemeingefährlichen Terrorismus“ für Schulz 3 Monate und für Damske 3 Monate und 14 Tage Gefängnis beantragt.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld plädierte auf Freisprechung. Das Urteil des Gerichtshofes lautete dahin, daß Schulz wegen wiederholter Erpressung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Damske dagegen freigesprochen wurde. Bezüglich des Damske war angenommen worden, daß das Arbeitsverhältnis gelöst war und die Arbeiter in ihrem Rechte waren, wenn sie vor Wiederaufnahme der Arbeit ihre Bedingungen stellten. Sie hätten für den Fall der Nichtbewilligung mit einer Unterlassung gedroht, daß sie aber keine Bedrohung im Sinne des Gesetzes. Bei Schulz liege die Sache anders. Dieser habe sich der Drohung schuldig gemacht, indem er sagte, die Leute würden aufhören, wenn die beiden ihnen nicht genehmen Maurer Mitschle und Krüger nicht entlassen würden. Die Leute hätten kein Recht zu verlangen, daß B. und A. zur Streikkasse zahlen. Man könne auch durch Ausübung eines Rechts jemanden ein Unheil zufügen und wenn jemand gedroht werde, durch Ausübung eines Rechts ihm ein Unheil zufügen, so sei dies eine Erpressung. Der Vermögensvorteil liege vor. Die dritten Personen, denen derselbe zugewiesen werden solle, seien diejenigen Personen, denen die Sammlung von Streikkassen-Geldern zu Gute kommen sollte. Es seien dies zwar nicht bestimmte „Dritte“, so doch immerhin Dritte; denen aus den Sammlungen für den Streikfonds ein Vermögensvorteil erwachsen solle. Diese „Dritten“ hätten aber kein Recht, zu verlangen, daß jemand wider seinen Willen gezwungen werde, zu dem Fonds beizusteuern. Vor solchem Zwange seien die Arbeiter energisch zu schützen!

Ein sanfterer Armenkommissions-Vorsteher. Einen fatalen Ausgang für den „Veleidigten“ hatte eine Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und verkleumender Beleidigung, die die Frau Anna Urban gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Angeklagte, die mit der Noth des Lebens zu kämpfen hat, da ihr Mann kränzlich und in Erwerbe behindert ist, wandte sich mit einem Unterstützungsgesuch an die zuständige Armenkommission und führte eines Tages über diese Angelegenheit ein Gespräch mit dem rechthabenden Mitgliede der Armenkommission, dem Rollereibeiger Heinrich Schmidt. Dieser soll ihr, wie sie später in einer Beschwerde behauptete, ein unsittliches Anerbieten gemacht und ihr in Aussicht gestellt haben, daß sie, wenn sie diesem Wink entspräche, auf Bewilligung ihres Gesuches würde rechnen können. Sie will diese Beleidigung mit Entrüstung zurückgewiesen und dann keine Unterstützung erhalten haben. Sie hatte sich nun wegen ihrer das Armenkommissions-Mitglied beleidigenden Behauptung zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urteilsverurteilung ging hervor, daß die Angeklagte fest dabei verblieb, nur die Wahrheit behauptet zu haben und daß das Armenkommissions-Mitglied Schmidt vorgezogen hatte, die Aussage über den fraglichen Punkt zu verweigern. In Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt hielt der Gerichtshof nicht für erwiesen, daß die Angeklagte wider besseres Wissen ihre Beschuldigung vorgebracht habe. Es wurde deshalb auf Freisprechung erkannt.

Das Vereinsgesetz gegen die Arbeiter. Das Kammergericht hatte sich gestern abends mit einer Strafsache gegen den Parteigenossen W a s s i l a u s L i s s i t zu beschäftigen. Wassil hatte sich in einer ländlichen Privatwohnung vor 15 bis 18 Personen ausföhrlich über die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen ausgesprochen und einen Gendarm, der in die Wohnung hineinkam, als Eindringling bezeichnet. Er wurde deshalb in der Berufungsinstanz wegen Beleidigung des Beamten zu einer Geldstrafe von 10 Mark und wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereins-Gesetzes zu einer solchen von 50 Mark verurteilt. Das letztere Vergehen soll Wassil dadurch begangen haben, daß er in einer polizeilich nicht angemeldeten Versammlung, die die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezweckt habe, als

Redner aufgetreten sei. Der Strafenat verwarf gestern die von W. eingelegte Revision insoweit, als wie sie das Vergehen gegen das Vereinsgesetz betraf. Hinsichtlich der Beleidigung wurde die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache nochmals an das Landgericht verwiesen. Daraus soll nachprüfen, ob die Bezeichnung des Gendarmen als Eindringling mit Rücksicht auf den Ort und die Zahl der Anwesenden als öffentliche Beleidigung gelten könne.

Wegen des unerhörten Verbrennens, daß er den gut-herzlichen Schweinen die Nahrung stahl, um damit seine hungernden Kinder satt zu machen, ist dieser Tage ein Proletarier — natürlich — zu der schweren Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Die Gerichtsverhandlung trug sich zu in der Hauptstadt des Obotritenlandes. Unserem medienburgischen Parteiorgan wird über den Fall aus Schwerein geschrieben: Am 27. November v. J. wurde bei dem Schweinefütterer Adalbert Bragfoda auf dem Gute Gr.-Flöte Hausjuchung gehalten, wobei im Wettstreit ein Deutel mit vierundzwanzig Pfund noch ungelochtem Roggen und Erbsen gefunden und beschlagnahmt wurde. Der Angeklagte räumte vor der Strafkammer in Schwerein unter Thränen seine Schuld ein und bekannte, daß er sich aus Noth das bei ihm gefundene Korn, von dem für die Schweine bestimmten, angeeignet habe, um es in seiner Familie zu benutzen. Der Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Die Agrarier sollten das nationale Schwein auch nach dieser Seite hin durch ein Spezialgesetz schützen!

Bildung. In der Nacht zum 12. Januar kamen drei Studenten in angeheiteter Stimmung aus dem Café Steuer am Oranienburger Thor. Vor der Thür hielt eine Reihe Droschken. Die drei Studenten trieben, die Reihe entlang, mit den Pferden allerlei Mollatien. Der Droschkentreiber Lülle, ein bejahrter Mann, wollte verhindern, daß mit seinem Pferde ein Gleiches geschähe, er stieg vom Bod und stellte sich vor sein Fuhrwerk. Der Student Schwarz richtete eine Frage an ihn, die Lülle mit der Mahnung beantwortete, doch nach Hause zu gehen. Nun schlug Schwarz ihm auf den Hut mit den Worten: „Veruhigen Sie sich doch, altes Haus!“ Lülle war dieser Veruhigungsmethode nicht zugänglich, als er einen zweiten Schlag auf den Hut erhielt, stieß er den Angreifer zurück. Nun versetzte Schwarz ihm zwei so wuchtige Hiebe auf den Hut, daß derselbe dem Gefährten bis auf die Ohren herabgetrieben wurde und Lülle eine blutende Verletzung am rechten Ohre erlitt. Das Schöffengericht hatte Schwarz wegen Körperverletzung zu nur 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Im gestrigen Termine vor dem Berufsgericht erhob der Flegel den Einwand, daß er sich im Zustande der Rathwehr befunden habe. In der wohlwollendsten Absicht habe er dem Droschkentreiber auf den Hut „getippt“, und derselbe hätte keineswegs nöthig gehabt, ihn darauf zu ütz zu stoßen. Der Gerichtshof konnte sich dieser Auffassung nicht anschließen, sondern verwarf die Berufung.

Versammlungen.

Die Lohnbewegung der Bäcker-Arbeiter stand auf der Tagesordnung einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung der Bäcker, die am Dienstag in Keller's Saal tagte. Wie berichtet wurde, sind die Verhandlungen der Gesellen-Ausschüsse mit den Innungs-Vorständen als gescheitert zu betrachten. Die Innungen wollen die Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters nur den verheirateten Gesellen bewilligen, von einer Einführung paritätischer Arbeitsnachweise wollen sie nichts wissen. Die angehenden Jungesellen betrachten dies als einen Vortheil. Im Gegentheil hält man die Verheiratheten dadurch für benachtheiligt, daß sie, wenn ihnen anstatt Kost und Logis eine Geldentschädigung zu gewährt ist, sehr schwer Arbeit bekommen würden. Die Forderung einer Nacht an den hohen Festen ist zwar bewilligt worden, ob dies Zugeständniß aber auch wirklich allgemein durchgeführt werde, sei zweifelhaft. Die Redner meinten, es könne den Arbeitern, die ihre freie Nacht verlangen, ebenso gehen, wie denen, welche auf stülte Durchführung der Bundesraths-Verordnungen halten, sie würden nämlich keine Arbeit mehr bekommen. Hätten sich die Innungen wenigstens bereit erklärt, das Mittagessen und Logis abzuschaffen und dafür eine Geldentschädigung zu zahlen, dann würden die Vertreter der Gesellen das ihren Kollegen gegenüber vertreten haben. Wie die Dinge jetzt liegen, würden die Gesellen erst dann wieder in Verhandlungen eintreten, wenn die Meister sich zu wirklichen Zugeständnissen bereit erklären. Es wurde weiter bemerkt, daß die Gesellen-Vertreter dem Innungs-Vorstand Germania gegenüber den Wunsch ausgesprochen haben, ihre Forderungen in einer Versammlung vor den Meistern zu vertreten. Der Vorstand habe sich diesem Wunsche gegenüber zwar nicht ablehnend verhalten, aber gemeint, nügen werde eine solche Versammlung nichts, nachdem die Innungsvorstände bereits Stellung genommen haben. — Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung spricht den Gesellen-Ausschüssen für ihre korrekte Haltung den Innungen gegenüber ihr volles Vertrauen aus und erklärt die sogenannten Zugeständnisse der Innungen als völlig werthlos, ja sogar als eine wirtschaftliche Schädigung der verheiratheten Kollegen. — Im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Innungen verpflichten die Versammelten ihre Vertreter, auch ihrerseits an den laut Versammlungsbeschluss vom 13. Dezember 1898 aufgestellten Forderungen festzuhalten. Die Versammlung drückt ihr lebhaftes Bedauern über den unversöhnlichen, kurzfristigen Standpunkt der Innungen aus, namentlich über der Innung „Germania“, deren wohlhabende Vorstände den Gesellen weit weniger zubilligen, als die weniger gut stützten Meister der „Konfordia“. — Die Versammlung überläßt diesen Herren die ganze schwere Verantwortung für die unabwendbaren Folgen, erklären aber heute noch, daß sie trotz alledem zu Verhandlungen immer noch geneigt sind, und bezeichnen die Vorschläge einiger vernünftiger Arbeitgeber, Logis und Mittagbrot abzuschaffen, die übrige Kost aber dem Meister zu überlassen, als annehmbar, verpflichten ihre Vertreter demgemäß, dies als Basis zu weiteren Verhandlungen mit der Meisterschaft unter Wahrung der Würde der Arbeiterschaft zu betrachten.“

Wie weiter ausgeführt wurde, denken die Bäckerarbeiter nicht daran, sogleich wegen ihrer Forderungen in den Streit einzutreten, es soll vielmehr zunächst die Organisation ausgebaut und in Bezirksversammlungen eine intensive Agitation für die Bestrebungen der Arbeiter entfaltet werden.

Adlershof. Die Arbeiter hiesigen Orts fühlten sich veranlaßt, ebenfalls das 25 jährige Amtsjubiläum des Amtsvorstehers v. Oppen, und zwar in Form einer öffentlichen Volkerversammlung zu begehen. Daß der Herr Amtsvorsteher sich durch die in dieser Versammlung gefallenen Reden aber ebenso beglückt fühlte, wie durch die Ansprachen von bürgerlicher Seite, wird man wohl nicht annehmen können, trotzdem die Ausführungen der verschiedenen Redner durchaus sachlich gehalten waren. Der Referent schilderte zunächst den fortgesetzten Kampf, den die Arbeiterschaft bezüglich der Lokalfrage mit dem Amtsvorsteher führt. Er erinnerte an die Lokalfeier im Jahre 1887, wo Herr v. Oppen sich besonders dadurch hervorthat, daß er in ein öffentliches Garten-Lokalritt und das Fest der Arbeiter zu führen suchte. 1894 verbot v. Oppen am 18. März zwei Versammlungen, mit dem Hinweis, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werde. 1895 am 31. August ließ v. D. das Lokal von Wölfstein durch Gendarmerie von 6 Uhr Abends an sperren, weil dort eine Versammlung sich mit dem „Sebanrummel“ beschäftigen wollte. Dagegen bezeichnete v. D. in einer am darauffolgenden Tage gehaltenen Festrede einen Teil des deutschen Volkes als „Angezeifer“. Weiter wurde ein Maskenball des Arbeiter-Tunverrins Abends 10 Uhr aufgehoben. Da diese Anordnung überschritten wurde, erhielt der Vorsitzende ein Strafmandat in Höhe von 8 M., wodurch später noch ca. 50 M. Kosten entstanden. 1898 am 18. März abermals Verbot der Versammlung und der Illumination. Diesem Ereignis folgten 122 Strafmandate.

15 M.; die endgiltige Erledigung dieser Angelegenheit beschloß sich noch, wie bekannt, die höchste richterliche Instanz. Im Juli 1898 wurde auf Veranlassung des Herrn v. D. eine Ausweisung gegen den Arbeiter Wigle erlassen. Wigle beschritt den Ausweg und die höchste Instanz, das Ober-Verwaltungsgericht mußte die Ausweisung W.'s, indem diese jeder Begründung entbehre, zurücknehmen. Der Amtsvorsteher v. D. empfahl auch den früheren Gemeindevorsteher Wisel den Gemeindevorsteher von Adlershof warm zur Wiederwahl; Wisel sei der tüchtigste und bestfahigste Gemeindevorsteher im ganzen Kreis. Nachdem die Wahl des Wisel von der Regierung nicht bestätigt wurde, stellte der jetzige Gemeindevorsteher Reisch fest, daß der Etat der Gemeinde um 85 000 M. überschritten wurde. Der Herr Amtsvorsteher mußte es erleben, so führte der Referent weiter aus, daß selbst der Regierungspräsident sich bemüht sah, seinen Ausweisungspraktiken die Fägel anzulegen. In dem Schreiben des Regierungspräsidenten heißt es unter anderem:

„Die von Euer Wohlgeboren gestellten Anträge wegen Ausweisung von bestraften Personen sind wiederholt unvollständig gewesen, so daß Rückfragen nothwendig geworden sind. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß aus den Ausweisungsanträgen namentlich hervorgehen muß:

1. Wann und wo die betreffende Person geboren, wann und von wo sie dort angezogen, ob sie verheirathet ist, wieviel Kinder vorhanden sind, und ob die Familie ebenfalls dort bezw. mit dem Auszuweisenden in einem Hausstande wohnt.

2. Welche Strafen der Betreffende erlitten und ob, bezw. wo er redlichen Erwerb gefunden hat.

3. Ob derselbe eine selbständige Wohnung oder nur eine Schlafstelle hat. Außerdem muß die Gemeingefährlichkeit für die öffentliche Sicherheit daselbst begründet werden, sofern dieselbe nicht schon aus den Bestrafungen sich unzweifelhaft ergibt.

Uebrigens habe ich in letzter Zeit die Wahrnehmung gemacht, daß in mehreren Fällen die betreffenden Personen, wenn Ihnen die Ausweisungsverfügung behändigt werden sollte, bereits wieder verzogen waren, sich also an dem betreffenden Orte nur vorübergehend aufgehalten haben.

Zur Verminderung der Ausweisungsanträge empfiehlt es sich daher, zunächst durch protokolllarische Vernehmung festzustellen, ob überhaupt ein dauernder Aufenthalt abzuschließen wird u. s. w. Im behandelnden Falle werden diejenigen Personen, deren Ausweisung Sie für nothwendig halten, darauf aufmerksam zu machen sein, daß ihre Ausweisung bei mir beantragt werde, falls sie den Ort nicht innerhalb einer bestimmten Frist wieder verlassen haben sollten. Erst wenn die Betreffenden innerhalb einer vielleicht 8—14 Tage zu bemessenden Frist nicht gezogen sind oder wenn sich dieselben überhaupt weigern sollten, den Ort freiwillig zu verlassen, ist bei mir unter Vorlegung der bezüglichen Verhandlung und der Personalakten der Ausweisungsantrag zu stellen.

Hat der Betreffende eine größere Anzahl von Bestrafungen erlitten, so ist der Nöthigkeit wegen ein besonderes Strafverzeichnis mit vorzulegen.“

An dem Herrn Amtsvorsteher in Adlershof.

Gegen den Gastwirth Lindenbahn erließ v. D. 18 bis 19 Strafmandate, dadurch entfielen Lindenbahn 83 Termine, aber nur in vier Fällen wurde er verurteilt. Auch gegen den Gastwirth Schmauser in Adlershof sind sehr viel Strafmandate erlassen, von denen der dritte Theil nur von den Gerichten als berechtigt anerkannt wurde. So steht die Polizei des Herrn Amtsvorstehers aus! Der Amtsvorsteher als Beamter ist für die Unkosten, die von den betroffenen Personen gedeckt werden müssen, nicht regresspflichtig, folgedessen haben die zu Unrecht mit Strafmandaten belegten Personen selbst die Kosten zu tragen.

Da nun der Amtsvorsteher und Jubilar sieht, daß er mit den ordentlichen Gerichten oft einen Reifall an gewärtigen hat, so versucht er es auf dem Verwaltungswege. Er hat den Wirthen bei 30 M. Strafe verboten, ihr Lokal an Vereine oder sonst an Privatpersonen herzugeben, da in einem solchen Arrangement doch nur eine öffentliche Tanzlustbarkeit zu erblicken sei. Der Referent schloß mit dem Hinweis, daß wohl in keinem anderen Amtsbezirk des Deutschen Reiches solche Zustände herrschen, als in dem des Herrn v. Oppen. Die imposante Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sich die Anwesenden verpflichten, mit aller Kraft für die Erringung der Ziele der Arbeiterschaft einzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß die arbeitereindliche Presse, namentlich der „Berliner Lokal-Anzeiger“, aus den Arbeiterwohnungen verschwindet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 28. Februar. (W. S.) Die „A. S. Z.“ berichtet zur neuen Militärvorlage, daß die maßgebende Stelle mit Rücksicht auf die zahlennmäßige Ueberlegenheit der russischen Kavallerie viel mehr als 10 Schwadronen gefordert habe. Dem Kriegsminister sei es gelungen, die Wünsche im Interesse des Zustandekommens der ganzen Vorlage herabzusetzen.

Köln, 28. Februar. (W. S.) Die „A. S. Z.“ meldet aus Berlin: Zu den Jesuitenanträgen des Reichstags wird der Bundesrath voraussichtlich schon in der nächsten Zeit Stellung nehmen. Gutem Vernehmen nach begehen die Anträge auf Vereinfachung des § 2 des Jesuitengesetzes bei der Mehrheit der Bundesregierungen keinen Bedenken mehr. Ferner soll die Bundesraths-Verordnung, welche noch die Lazaristen und den Orden Sacre Coeur ausschließt, aufgehoben werden.

Paris, 28. Febr. (W. S.) Der Senat bietet heute noch ein lebhafteres Bild als gestern. Zuerst ergreift das Wort Senator Tillanc. Die Frage sei, ob wir das Land retten wollen durch Annahme dieses Gesetzes, welches Friede und Eintracht verspreche. Redner spricht über eine Stunde für die Regierungsvorlage. Nachdem noch verschiedene Redner das Wort für die Vorlage ergriffen, erklärte der Justizminister, die Vorlage der Regierung sei berechtigt. Die Regierung habe wichtige Maßregeln getroffen, damit die Verhandlungen vor dem Kassationshofe öffentlich und kontradictorisch sein werden. Alle Schriftstücke und Dokumente würden dem Kassationshofe übermittelt. Keine geheime Verhandlung werde stattfinden. Das Urtheil des Kassationshofes werde die Drehsch-Affäre endgiltig abschließen. **Die Regierungsvorlage wurde mit einer Majorität von 30 Stimmen angenommen.**

Nach einer Meldung der „Patrie“ hat Beaurepaire dem Senator B é r e n g e r wegen dessen Angriffe in der gestrigen Sitzung des Senats seine Zeugen gesandt.

Marseille, 28. Februar. (W. S. T.) Die frühere Königin von Madagaskar, Ranavolo, ist mit einem aus etwa 10 Personen bestehenden Gefolge hier eingetroffen. Dieselbe wird in der Nähe von Agier internirt werden, wo für sie eine prachtvolle Villa für den Jahrespreis von 24 000 Fr. gemiethet worden ist.

Rom, 28. Februar. (W. S. T.) Der Papst muß wegen Unpäßlichkeit das Bett hüten. Derselbe hatte einen lange andauernden Ohnmachtsanfall.

Rom, 28. Februar. (W. S. T.) Die „Ranfulla“ meldet, hat die chinesische Regierung Italien die Sannum-Bay abgetreten.

Gloucester (Massachusetts), 28. Februar. (W. S. T.) Der Fischhändler „Mondego“ berichtet, er habe den Dampfer „Moravia“ auf der nordöstlichen Barre der Sable-Insel entzweiwegebrochen gesehen. Die „Moravia“ war offenbar dem Sturm, welcher vom 12. bis 13. Februar wüthete, begegnet. Da die Stelle, an welcher die „Moravia“ strandete, zwölf Meilen vom Lande entfernt ist und „Mondego“ zwei Tage hindurch nichts von der Mannschaft sah, glaubt der Kapitän des „Mondego“, daß die Mannschaft verloren sei.

Reichstag.

44. Sitzung, Dienstag, 28. Februar 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Tzielmann. Zunächst erfolgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag Agster (Soz.) und Genossen wegen Einstellung der gegen den Abg. Stadthagen bei dem königlichen Landgericht Berlin I wegen Verleumdung sämtlicher preussischer Landräthe zc. schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. Die Kommission hat sich einstimmig für Annahme des Antrags Agster ausgesprochen.

Abg. Roeren (Z.):

Ich bitte den Antrag zur nochmaligen Veratung an die Kommission zurückzuverweisen. Zunächst scheint es mir, als ob der Reichstag am 15. Dezember vorigen Jahres einen Antrag auf Einstellung von Strafverfahren gegen den Abg. Stadthagen bereits angenommen hat, der genau dieselben Straftaten umfasste, wie die im vorliegenden Antrag genannten. (Widerspruch bei den Soziald.) Ferner bin ich auch der Ansicht, daß es sich hier garnicht um ein Strafverfahren im Sinne des § 31 der Verfassung handelt, sondern um ein Vollstreckungsverfahren. Im letzteren Falle wäre der Reichstag garnicht befugt, die Einstellung des Verfahrens zu beschließen. Auch diese Frage wird also die Kommission vielleicht unter Hinzuziehung eines Beiraters aus der Justizverwaltung noch erörtern müssen.

Abg. Gröber (Z.) schließt sich diesen Ausführungen an, wünscht aber, daß die Kommission, da es sich um eine prinzipiell wichtige Frage handelt, schriftlichen Bericht erstatte.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es handelt sich in diesem Falle, dessen über das persönliche Interesse hinausgehende allgemeine Bedeutung ich anerkenne, gar nicht um ein Strafverfahren. Es fehlt eine Voraussetzung der Strafvollstreckung, nämlich die Festsetzung der Gesamtschuld. Diese ist seiner Zeit vom Reichstag verabschiedet worden. Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß der Reichstag nach Art. 31 auch bei einem Strafverfahren befugt ist, die Einstellung zu beschließen und werde es mir angelegen sein lassen, ein Urtheil des Reichsgerichts über diese Frage zu extrahieren. Da es sich also, wie gesagt, um eine prinzipielle Frage handelt, über die man wohl verschiedener Meinung sein kann, haben wir gegen die Zurückverweisung an die Kommission nichts einzuwenden.

Der Antrag Roeren (Z.) auf Zurückverweisung des Antrags Agster (Soz.) und Genossen an die Geschäftsordnungs-Kommission wird hierauf angenommen.

Es folgt die zweite Veratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Stats für das Rechnungsjahr 1899, und zwar bei dem Spezial-Etat: Zölle, Verbrauchssteuern und Aecien.

Abg. Paasche (natl.) fragt an, wie weit die Frage der Aufhebung der Zollkredite gebieter ist. Mit dieser würden sich die von dem Abg. Graf Schwerin-Löwisch vorgebrachten Vorschläge über die Begünstigung der großen Mühlen durch die falschen Typen beim Mehltransport von selbst erledigen. Redner fordert sodann dieselben Vergünstigungen, die für den Freihafenbezirk gelten, auch für die im Veredelungsverkehr thätigen Fabriken.

Direktor im Reichs-Schatzamt Geh. Rath v. Körner (auf der Tribüne nahezu unverständlich) weist auf die zolltechnischen Schwierigkeiten hin, die jene Forderungen verursachen würden. Von einer Schädigung der Staatskasse durch die jetzige Regulative sei ihm nichts bekannt.

Abg. Graf Altkowström (L.):

Der sächsische und der bayerische Landtag haben die Aufhebung der Zollkredite im Interesse der kleinen Mühlen verlangt, ohne daß ihnen das Geringste erwideret wurde. Im ganzen Lande ist man der Ansicht, daß der Bundesrath genügend Zeit gehabt hat, Erwägungen darüber anzustellen. Die jetzige Regulative hat nach meiner Berechnung die Staatskasse im letzten Jahre um etwa 2 1/2 Millionen geschädigt. Eine einzige Mühle hat da im letzten Jahre 5-700 000 R. Vortheil davon gezogen. (Hört! hört! rechts.) Das neue Mühlenregulativ ist voller Widersprüche und weit schlechter als das frühere. Das Typenmehl ist so schlecht, daß ich sagen kann: ich habe so etwas Schlechtes nie wieder gesehen. Wenn Jemand es wagen würde, dies Mehl den Mitgliedern des Hauses anzubieten — ich weis nicht, was mit ihm geschehen würde. Es ist die höchste Eile geboten, da grundlegende Abänderungen zu schaffen.

Schatzsekretär Frhr. v. Tzielmann: Ich habe die Materie gestern bereits erschöpfend behandelt und will heute nur hinzufügen, daß mir von einer Zulage einer maßgebenden Persönlichkeit, in der Frage der Aufhebung der Zollkredite eine baldige Entscheidung herbeizuführen, nichts bekannt ist.

Abg. Gamp (Sp.): Ich bin zwar in dieser Frage kein Sachkenner; aber durch das, was der Herr Graf Schwerin und der Herr Graf Altkowström hier vorgetragen haben, bin ich so weit darüber informiert, daß ich die Haltung des Herrn Schatzsekretärs nicht begreifen kann. Es ist jedenfalls wünschenswert, daß recht bald eine Konferenz zur neuen Aufstellung eines verbesserten Regulativs zusammenberufen wird. Die Regierung hat die Pflicht, energisch die Initiative zu ergreifen, ohne sich erst lange drängen zu lassen.

Geheimrath v. Körner erwidert, die Regierung habe keine Veranlassung zu einer solchen Initiative gehabt, da ihrer Meinung nach das verlangte Vorgehen keine Vortheile bieten würde.

Abg. Gerstenberger (Z.) befragt den Standpunkt der kleinen sächsischen Mühlenbesitzer die baldige Regelung der Frage der Zollkredite und des neuen Regulativs und verlangt sodann die Einführung eines Zolles auf Quebrachoholz und andere Gerberei-Extrakte, damit der deutsche Eichenwald nicht gänzlich zu Grunde gehe.

Abg. Hahn (wildl.)

tritt für die Forderung ein, daß die Mühlen selbst ihr Mehl deklarieren und die Zollbehörde erst in zweiter Instanz entscheidet. Ungünstiger als bei den jetzigen Typen können die kleinen Mühlen auf keinen Fall stehen. Das Tempo, das von Seiten des Reichs-Schatzamt bei der Regelung dieser Frage eingeschlagen ist, ist ein viel zu langsames. Redner fordert vollständige Befreiung der Zollkredite und Mühlenkonten, die eine durch nichts gerechtfertigte Liebesgabe an die Großmüller darstellten. Auch in der Frage der Besteuerung des Quebracho-Holzes müßte etwas geschehen. Hier wie in anderen sozialpolitischen Fragen, die vorwiegend den Mittelstand interessieren, geht man viel zu langsam vor. Die Regierung tritt immer für den Großbetrieb ein, sie hant in all diesen Fragen immer in dieselbe Kerbe wie die Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Weide lassen den Kleinbetrieb zu Grunde gehen.

Abg. Müller (natl.)

schließt sich der Forderung des Abg. Paasche an, daß diejenigen Fabriken, welche dem Veredelungsverkehr dienen, durch Schaffung von Zollkrediten eine Förderung erfahren sollen. Redner spricht sich im Uebrigen gegen die Besteuerung des Quebracho-Holzes aus. Inzwischen ist ein Antrag Kardorf (Sp.) und Genossen eingegangen, in einer Resolution zu beschließen:

Den Reichslandesrat zu ersuchen, für die Zollausfuhr von Mehl schleunigt eine Aenderung des bestehenden Zollregulativs herbeizuführen.

Abg. Brömel (fr. Sp.)

erklärt sich gegen die Resolution. Sie bezweckt lediglich eine Schädigung der deutschen Viehwirtschaft. Es ist aber nicht richtig, daß an diesem Export nur die großen Mühlen theilhaftig sind, speziell nach Oesterreich exportieren auch eine Reihe mittlerer Mühlenbetriebs. Der Forderung des Abg. Paasche auf Förderung des Veredelungsverkehrs kann ich mich durchaus anschließen. Dagegen bin ich in der Frage des Zollkredits nicht seiner Meinung. Ich bin allerdings der Ansicht, daß diese für eine verständige Förderung des Handels notwendig sind. In der Frage des Quebrachoholzes stimme ich dem Abg. Müller bei.

Abg. Dr. Köfke (Vund der Landwirtschaft):

tritt dem Abg. Brömel in der Frage der Exportmühlen entgegen. Damit eine Mühle prosperiert, ist eine günstige Lage und das nötige Kapital notwendig. An sich können kleine und große Mühlen dasselbe produzieren. Es liegt also keine Veranlassung zu Begünstigungen der großen Mühlen durch Zollkredite vor. Wenn der Herr Schatzsekretär sagt, daß das bestehende Mühlenregulativ der Staatskasse keine Schädigung gebracht hat, so bin ich anderer Ansicht. Die großen Mühlen umgehen durch Ueberausnutzung des Rendements das Gesetz, und jede Umgehung eines Gesetzes bedeutet eine Schädigung des Staates. Das beste Mittel dagegen scheint mir die Einführung einer Deklarationspflicht.

Abg. Beck-Baldach (L.) (auf der Tribüne schwer verständlich) tritt für wirksamen Schatz der Kleinbetriebe in Landwirtschaft und Mühlen ein.

Abg. Graf Schwerin-Löwisch (L.) tritt der Behauptung des Schatzsekretärs entgegen, daß die Staatskasse keine Schädigung durch die Großmüller erlitten. Der Herr Schatzsekretär hat nun positive Vorschläge gemacht, die er der Kommission unterbreiten könnte. Aus diesem Grunde haben wir die vorliegende Resolution eingereicht, die, wie ich hoffe, ihre Annahme finden wird.

Damit schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt, ebenso der folgende. Beim Titel Jüdersteuer bemerkt

Abg. Paasche (natl.):

Das beste Mittel zur Hebung der Jüderproduktion ist ja ohne Zweifel die Hebung des inländischen Jüderkonsums. Aber damit dürfte es ja gute Wege haben, obgleich durch wissenschaftliche Autoritäten festgestellt ist, daß Jüder eines der besten Nahrungsmittel ist. Man hat die Erniedrigung oder gänzliche Aufhebung der Jüdersteuer vorgeschlagen. Ich hätte nichts dagegen. Aber ich glaube nicht, daß das einen sonderlichen Einfluß auf den Konsum ausüben würde. Und aus diesem Grunde erachte ich die schnelle Herabsetzung der Jüdersteuer für zur Zeit nicht opportun. Dagegen wäre es zweckmäßig, die anderweitige Verwendung des Jüders zu fördern, z. B. zu Futterzwecken, vor allem durch Befreiung der jetzigen rigorosen Bestimmungen für den Verkauf von denaturirtem Jüder. Schatzsekretär Frhr. v. Tzielmann erklärt, die Regierung werde Alles thun, um die verlangten Erleichterungen bald ins Werk zu setzen.

Abg. v. Standt (L.)

drückt hierüber seine Freude aus. Redner tritt im Uebrigen für allmähliche Beseitigung des unglückseligen Jüdersteuergesetzes ein.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir haben von Anfang an auf die Folgen der Jüdersteuer hingewiesen, die heute eingetreten sind. Heute wären Sie froh, wenn Sie sie los wären, um den Konsum des Jüders zu heben. Aus Amerika droht Ihnen eine immerwährende Konkurrenz. Die dortigen Industriellen sind im Stande, die neuesten maschinellen Erfindungen auszunutzen. Ich erinnere nur an das elektrische Verfahren, das unsere Fabriken nicht einführen können, weil sie alle ihre alten Einrichtungen dann zum alten Eisen werfen müßten. Die Gefahr einer Jüderkrise in Deutschland steht also bevor, zunächst allerdings für die Großindustriellen, dann aber auch für die rübenbauenden Landwirthe. Daher müssen wir Anordnungen treffen, daß der Jüderkonsum in Deutschland so reich wie möglich gehoben wird, das heißt der Preis des Jüders muß erheblich verbilligt werden. Dies kann nur durch eine Aufhebung der Jüdersteuer erreicht werden. Herr Paasche will allerdings nur eine Freigabe des Handels mit denaturirtem Jüder, die eine Viehfütterung mit Jüder ermöglicht, also: billigen Jüder fürs Vieh, theuren Jüder für die Arbeiter. Das ist Ihre Politik, Herr Paasche! (Sehr gut! links.) Wir verlangen, daß der Jüder ein ganz billiges Vollnahrungsmittel werde. Ueber kurz oder lang wird ja doch eine Aufhebung der Jüdersteuer erfolgen müssen, denn eine Erniedrigung derselben, wie sie der Landwirtschaftsrath fordert, kann nur eine sehr langsame Steigerung des Konsums bewirken. Die Herren auf der Rechten werden sich ja dann allerdings den Kopf zerbrechen müssen, wie das Defizit in der Reichskasse, das durch die Aufhebung der Jüdersteuer entstehen würde, gedeckt werden soll. Wir brauchen uns da keinen Vorwurf zu machen, denn wir haben ja nicht die lächerlichen Millionen für Heer und Marine bewilligt. Auch mit anderen Volks-Nahrungsmitteln wird es Ihnen so gehen, wie mit dem Jüder. Durch künstliche Vertheuerung treibt man eben am allerwenigsten nationale Wirtschaftspolitik. Zunächst muß der Inlandskonsum gehiebert werden.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Meine Ausführungen haben die scharfe Kritik des Herrn Abg. v. Standt nicht verdient, er scheint mich gar nicht verstanden zu haben. Das hat mir bei ihm doppelt leid, denn die Kritik des Kollegen Wurm: „billigen Jüder fürs Vieh, theuren Jüder für die Arbeiter“ rührt mich nicht, wenn ich auch weiß, daß er das Wort richtig ausdrehen wird. (Sehr richtig, links.) Herr Wurm sieht sich eben nicht verantwortlich für das, was im Staate geschieht. Er möchte ja am liebsten Alles umstürzen. (Auf: hu, hu, links.) Die Vorschläge im Landwirtschaftsrath gehen meiner Meinung nach zu weit.

Abg. Dr. Hahn (wildl.): Im Grunde weichen die Herren Standt und Paasche nicht so sehr von einander ab, sie wollen beide die Jüdersteuer erniedrigen. Die Rede des Herrn Wurm war eine durchaus agrarische. (Heiterkeit.) Wir freuen uns, daß bei den Sozialdemokraten endlich die Erkenntniß dämmert. Auch wir wollen, daß die inländischen Produkte im Inlande konsumirt werden.

Abg. Körner (natl.): Die Verwendung des Jüders als Futtermittel ist im Interesse des Jüderbiases nur zu begründen. Wir müssen Alles thun, um die Jüderindustrie vor der drohenden Krise zu bewahren. Die deutsche Jüderindustrie ist so hoch entwickelt, daß sie jedes neue Verfahren, auch das elektrolytische, einzuführen vermag, wenn es für sie vortheilhaft ist.

Abg. Weich (fr. Sp.) freut sich, daß Herr Paasche bei der Befreiung der Jüdersteuer mithelfen will.

Abg. Wurm (Soz.) macht dem Abg. Körner darauf aufmerksam, daß in einer Sitzung des sächsisch-thüringischen Zweigvereins der deutschen Jüderindustriellen Mitteilung von den Versuchen gemacht worden ist, die die Jüderfabrik Piesdorf mit dem elektrolytischen Saffreinigungsverfahren angestellt hat. Dies neue Verfahren hat eine größere Ausbeute ergeben, als das alte, und außerdem ist bei ihm nur ein Drittel der Arbeiter erforderlich. Freilich bedingt das Verfahren eine ganz andere maschinelle Einrichtung der Fabriken.

Abg. Dr. Hermos (fr. Sp.) sieht die einzig wirksame Handhabe zur Hebung der Jüderindustrie in der Steigerung des Inlandskonsums nach Aufhebung der Konsumsteuer.

Abg. Dr. Paasche wundert sich über das Eintreten des Vorredners für die Jüderindustrie. Vor einem Jahre habe er eine Ranz für das Sacharin eingelegt, das doch dem Jüderabsatz außerordentlich gefährlich sei.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Beim Titel „Branntweinsteuer“ wünscht

Abg. Lude (W. d. Landw.) eine Verschmelzung der drei bestehenden Branntweinsteuern, der Malzschottischsteuer, der Brannt-

steuer und der Verbrauchsabgabe zu einer Steuer. Er bittet im Ubrigen die Regierung, den Fälschungen des Branntweins entgegenzutreten.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Das Haus verlagert die weitere Debatte auf Mittwoch 1 Uhr. (Außerdem steht auf der Tagesordnung der Militäretat.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Auswärtiges Amt.

In der Budgetkommission des Reichstages stand am Dienstag der Etat des Auswärtigen Amtes zur Veratung. Bei der Gesandtschaft im Haag bringt Abg. Richter die Ausweisung von Holländern zur Sprache und exemplifizirt besonders auf die Ausweisung eines Adlographen aus Düsseldorf. Staatssekretär v. Wilow bezieht sich auf die vom Reichslandesrat im Plenum abgegebene Erklärung, daß die Ausweisungsbefugnis den Einzelstaaten zustehe. — Bei der Gesandtschaft in London fragt Richter, wie weit die deutsch-englischen Verhandlungen gebieter seien und wegen des Delagoa-Bai-Vertrages etwas mitgetheilt werden könne, oder ob die Sache noch Geheimniß liege. Staatssekretär v. Wilow erwidert, im Februar vorigen Jahres sei seitens der englischen Regierung uns ein Vertragsentwurf unterbreitet worden. Derselbe sei geprüft worden und im Sommer wurde dem britischen Kabinett unsererseits ein Gegenentwurf gestellt. Darauf sei noch keine Antwort eingegangen.

In Bezug auf das Abkommen zwischen Deutschland und Großbritannien wegen Delagoa-Bai Geheimhaltung beschlossen worden, er könne daher nichts darüber mittheilen. Uebrigens handle es sich weniger um aktuelle Fragen, als um Eventualitäten. Bei der Gesandtschaft in Peking fragt Richter, wie sich die Verhältnisse unserer Truppen in Peking gestaltet haben, und wie es sich mit der chinesischen Eisenbahn-Konzession verhalte. Staatssekretär v. Wilow erwidert, daß deutsche Detachement in Peking sei in dem Hause der Gesandtschaft untergebracht. Die Eisenbahn-Konzession sei geregelt. Es habe sich ein Syndikat gebildet, das mit der Reichsregierung verhandle. Die Verwaltung der chinesischen Eisenbahnen würde ganz deutsch sein. — Bei der Gesandtschaft in Rio de Janeiro erklärt Staatssekretär v. Wilow auf Anfrage des Abg. Dr. Haffe, daß wegen des Falles des Lehrers Roth durch die brasilianische Regierung die geforderte Genehmigung und Entschädigung gegeben worden sei. — Bei dem Titel, der zur Entscheidung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Sachverständigen an kaiserliche Vertretungen 118 000 M. aussetzt, wird eine von Graf Arnim vorgeschlagene Resolution angenommen, die Berichte dieser Sachverständigen, nach den einzelnen Materien geordnet, dem Reichstoge zugänglich zu machen. — Im Fortgang der Verhandlungen fragt Abg. Richter, wie der gegenwärtige Stand der Abrüstungskonferenz sei. Staatssekretär v. Wilow erwidert, die Einladungen werden von der holländischen und russischen Regierung gemeinsam ausgehen. Die Konferenz werde im Haag zusammenzutreten. Schriftliche könne er noch nicht bekannt geben. Unsere Regierung habe sich ihre Stellungnahme noch völlig vorbehalten. Beim Konsulat Apia bringt Richter die Vorgänge auf Samoa zur Sprache. Staatssekretär v. Wilow giebt ausführliche Mittheilungen, welche größtentheils vertraulicher Art sind. Er hofft, daß es einer freundlichen Verständigung gelingen werde, ohne Beschränkung unserer Rechte, die Sache beizulegen. Bei dem Konsulat für Havana fragt Abg. Dr. Haffe, ob etwas für die Infolge der Wirren in Cuba geschädigten deutschen Firmen geschehen sei. Staatssekretär v. Wilow: Diese Reklamationen beschäftigen bereits seit längerer Zeit das Auswärtige Amt. Die Forderungen seien recht beträchtlich. Es sei bei der jetzigen Lage nicht leicht, den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen, auch werde Deutschland Alles anbieten, daß die geschädigten Deutschen nicht schlechter wegkommen, als die Geschädigten anderer Staaten. Die deutsche Regierung habe sich deshalb bereits mit anderen Regierungen in Verbindung gesetzt. Auf weitere Frage Richters wegen der deutschen Interessen in Manila erklärt Staatssekretär v. Wilow, es gebe eine große Zahl deutscher Handelshäuser in Manila, die unter amerikanischen Schutze geschützt seien. Der „Trene“-Zwischenfall sei eine Entee. Es befände sich nur ein deutsches Schiff, die „Augusta“, bei den Philippinen. Bei dem Konsulat Marokko erklärt der Staatssekretär v. Wilow auf Anregung des Abg. Dr. Haffe, die deutsche Regierung habe die Reklamationen der Deutschen beim dortigen Sultan energisch vertreten und würde nicht zögern, falls es nötig sein sollte, ein Schiff nach Marokko zu entsenden. Morgen wird die Veratung fortgesetzt.

Abg. Dr. Haffe, daß wegen des Falles des Lehrers Roth durch die brasilianische Regierung die geforderte Genehmigung und Entschädigung gegeben worden sei. — Bei dem Titel, der zur Entscheidung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Sachverständigen an kaiserliche Vertretungen 118 000 M. aussetzt, wird eine von Graf Arnim vorgeschlagene Resolution angenommen, die Berichte dieser Sachverständigen, nach den einzelnen Materien geordnet, dem Reichstoge zugänglich zu machen. — Im Fortgang der Verhandlungen fragt Abg. Richter, wie der gegenwärtige Stand der Abrüstungskonferenz sei. Staatssekretär v. Wilow erwidert, die Einladungen werden von der holländischen und russischen Regierung gemeinsam ausgehen. Die Konferenz werde im Haag zusammenzutreten. Schriftliche könne er noch nicht bekannt geben. Unsere Regierung habe sich ihre Stellungnahme noch völlig vorbehalten. Beim Konsulat Apia bringt Richter die Vorgänge auf Samoa zur Sprache. Staatssekretär v. Wilow giebt ausführliche Mittheilungen, welche größtentheils vertraulicher Art sind. Er hofft, daß es einer freundlichen Verständigung gelingen werde, ohne Beschränkung unserer Rechte, die Sache beizulegen. Bei dem Konsulat für Havana fragt Abg. Dr. Haffe, ob etwas für die Infolge der Wirren in Cuba geschädigten deutschen Firmen geschehen sei. Staatssekretär v. Wilow: Diese Reklamationen beschäftigen bereits seit längerer Zeit das Auswärtige Amt. Die Forderungen seien recht beträchtlich. Es sei bei der jetzigen Lage nicht leicht, den Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen, auch werde Deutschland Alles anbieten, daß die geschädigten Deutschen nicht schlechter wegkommen, als die Geschädigten anderer Staaten. Die deutsche Regierung habe sich deshalb bereits mit anderen Regierungen in Verbindung gesetzt. Auf weitere Frage Richter's wegen der deutschen Interessen in Manila erklärt Staatssekretär v. Wilow, es gebe eine große Zahl deutscher Handelshäuser in Manila, die unter amerikanischen Schutze geschützt seien. Der „Trene“-Zwischenfall sei eine Entee. Es befände sich nur ein deutsches Schiff, die „Augusta“, bei den Philippinen. Bei dem Konsulat Marokko erklärt der Staatssekretär v. Wilow auf Anregung des Abg. Dr. Haffe, die deutsche Regierung habe die Reklamationen der Deutschen beim dortigen Sultan energisch vertreten und würde nicht zögern, falls es nötig sein sollte, ein Schiff nach Marokko zu entsenden. Morgen wird die Veratung fortgesetzt.

Abg. Dr. Haffe, die deutsche Regierung habe die Reklamationen der Deutschen beim dortigen Sultan energisch vertreten und würde nicht zögern, falls es nötig sein sollte, ein Schiff nach Marokko zu entsenden. Morgen wird die Veratung fortgesetzt.

Abg. Dr. Haffe, die deutsche Regierung habe die Reklamationen der Deutschen beim dortigen Sultan energisch vertreten und würde nicht zögern, falls es nötig sein sollte, ein Schiff nach Marokko zu entsenden. Morgen wird die Veratung fortgesetzt.

Invalidenversicherungs-Kommission.

5. Sitzung vom 28. Februar. Rollenbuch besprochen die sozialdemokratischen Anträge zu § 12 (Heilverfahren). 1. § 12 Abs. 2 hinter dem ersten Satz hinzuzufügen: „Das Heilverfahren muß eingeleitet werden, wenn, unter Zustimmung des Versicherten, dasselbe vom Vorstande der Krankenkasse, der der Versicherte angehört, beantragt wird; 2. im Absatz 2 Zeile 8 die Worte „auch dann“ zu streichen; 3. § 12 Absatz 2 dem letzten Satz folgende Fassung zu geben: „Wenn der Versicherte Invalidentrente erhält, kann dieselbe auf die Angehörigenunterstützung angerechnet werden“; 4. Absatz 3 Zeile 3 hinter dem Worte „unterliegen“ die Worte: „und keine Angehörigen zu ernähren hat“ einzufügen; 5. Abs. 3 folgenden Satzes zu geben: „Auf der Versicherten während des Heilverfahrens von seiner Familie getrennt leben, dann ist der von den Krankentassen zu zahlende Betrag an die Angehörigen auszugeben, welche der Versicherte bisher aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat.“ Rollenbuch weist darauf hin, wie dadurch, daß nur das halbe Krankentgeld gewährt wird, die Familie des Erkrankten so in Geld geräth, daß nach der Genesung der Erkrankte wieder durch Roth und Heberath fränk werden muß. Köfke giebt das zu, ist aber gegen die Anträge, durch welche den Krankentassen zu große Lasten auferlegt werden; den Antrag 5 bespricht er, bei Antrag 1 hat er Bedenken, daß die Krankentassen sich dann auf Kosten der Invalidenversicherung entlasten könnten, indem sie dieser das Heilverfahren überweisen. Köfke beantragt: „Die Versicherungsanstalt kann das Heilverfahren durch Unterbringung des Erkrankten in einem Krankenhause oder in einer Anstalt für Genesende gewähren. Hat der Erkrankte eine eigene Haushaltung oder ist er Mitglied der Haushaltung seiner Familie, so bedarf es hierzu seiner Zustimmung. Die Zustimmung kann durch die untere Verwaltungsbehörde seines Aufenthaltsortes ergänzt werden.“

Zu § 12c, welcher bestimmt, daß dem Versicherten der Anspruch auf Invalidentrente entzogen wird, wenn er sich nicht in eine Heilanstalt bringen läßt, beantragt Köfke, diese Entziehung nur eintreten zu lassen, wenn der Versicherte sich „ohne triftigen Grund“ der Heilanstalt entzieht. Der sozialdemokratische Antrag verlangt Streichung des § 12c.

Wurm vertheidigt die sozialdemokratischen Anträge unter Hinweis auf die Broschüre „Zur Schwindsuchtbelämpfung. Denkschrift der Centralkommission der Krankentassen Berlins und Umgegend.“ Diese Denkschrift weist nach, wie die in Heilanstalten Unterbreiteten „aus Sorge um ihre Familie“ das Heilverfahren unterbrechen; deshalb muß ausreichende Versorgung der Familie gewährt werden. Nach § 12c wird demjenigen, der sich nicht in eine Heilanstalt aufnehmen lassen will, die Rente entzogen, und damit die Strafe des Hungertodes für diejenigen festgelegt, welche sich nicht, auch aus berechtigten Gründen, ihrer Familie entziehen wollen.

Antrag Köfke wird mit 10 Stimmen angenommen, die sozialdemokratischen Anträge 1, 2, 4, 5 werden abgelehnt,

der sozialdemokratische Antrag 3 angenommen. § 12a nach der Regierungsvorlage wird abgelehnt, der Antrag Rösche hierzu einstimmig angenommen. § 13 werden angenommen. Zu § 13a beantragen Wollenbühr und Gerossen, daß der letzte Satz gestrichen wird, durch den ein in einer Heilanstalt Aufgenommener „auf ein Jahr“ an den Verzicht auf die Rechte gebunden ist und, wenn er die Erklärung nicht spätestens drei Monate vor Ablauf des Jahres zurücknimmt, jedesmal auf ein weiteres Jahr gebunden bleibt. Abg. Salisch beantragt: 6 Monate mit 1/2-jähriger Kündigung, Abg. Zwid beantragt: 3 Monate mit einmonatlicher Kündigung. Abg. Rösche beantragt: hinter „Invalidenhaus“ zu setzen: „oder in ähnliche von Dritten unterhaltenen Anstalten.“ Staatssekretär Posadowski weist darauf hin, daß auch wohlthätige Anstalten (einschließlich religiöser) an Stelle der Invalidenhäuser benutzt werden können. Wollenbühr und Gerossen beschränken den sozialdemokratischen Antrag; Wurm fragt an, ob der Jubalide, sobald er den Antrag gestellt hat, in eine Anstalt aufgenommen zu werden, auch verpflichtet ist, in jede ihm zugewiesene Anstalt zu gehen. Das könnte zu schlimmen Verästelungen besonders religiöser Art bei den Jubaliden führen. Eine Abweisung der Arbeiter gegen Anstalten im Allgemeinen, wie sie der Staatssekretär voraussetzt, sei nicht stets vorhanden, sondern nur dann, wenn in den Anstalten schlechte Verpflegung und Aufsichtigung oder Verbot gewisser Lektüre üblich sei. Angenommen werden die Anträge Rösche und Zwid, ebenso die §§ 14-16. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Herr August Scherl und der Gutenbergbund.

Am Montag Abend fanden in Berlin drei Volksversammlungen statt, die sich mit den Vorgängen im „Berliner Lokal-Anzeiger“ beschäftigten. Die Versammlungen waren so stark besucht, daß viele Nachkommende keinen Einlaß mehr finden konnten. In der Versammlung im „Königsplatz“, Bülowstraße, referierte der Buchdrucker Raffini. Redner führte folgendes aus:

Der Kampf ums Recht, der augenblicklich gegen den Besitzer des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Herrn August Scherl, von Seiten des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer geführt wird, hat in allen Kreisen der Bevölkerung, namentlich unter den Arbeitern und Arbeiterinnen, um die lebhaftesten Sympathien und thätigste Unterstützung eingedrungen. Es ist dies auch sehr erklärlich, da Herr Scherl mit seinen drakonischen Maßnahmen gegen die Verbandsleiter sich in das größte Unrecht gesetzt hat. Der Vorstand, den Herr Scherl benutzte, um die Verbandsleiter aus seinem Geschäft hinauszumangeln, ist bereits hinlänglich durch frühere Versammlungen und durch den „Vorwärts“ bekannt gegeben. Jetzt sieht, daß Herr Scherl die Verbandsleiter gemahregelt hat, weil sie einer Organisation angehörten, die die materielle und geistige Förderung ihrer Interessen in den Vordergrund stellt. Der ehemalige Kolportagebuchhändler Scherl hat sich zu einem herrlichen Vollblutbourgeois entwickelt. Die ihn groß gemacht haben, schleudert er jetzt weit von sich. Das ist der Dank vom Hause Scherl! — Zur Rechtfertigung seines ganz unverständlichen Verhaltens der gemahregelten Schriftsetzer erklärte Herr Scherl: die Setzer hätten ihn beschimpft, beleidigt und Jahre hindurch hätten die Verbandsleiter mit ihren Mitsprachen in seinem Unfrieden gelebt. Herr Scherl hat aber noch zu neuem Jahr seinen Segern für ihre treuen Dienste und für das gute Einvernehmen seinen besonderen Dank ausgesprochen! Es fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck, um ein derartiges Doppelspiel genügend zu kennzeichnen. Das mag man zu behaupten, wo der Gutenbergbündler Albrechts seine Verbandsleiter im Grunde mit der Geschäftsleitung schon vor Jahren brotlos machen wollte? Derselbe Albrechts, für den unsere Mitglieder noch in den letzten Monaten, nachdem Herr Scherl seiner überdrüssig, eine Lauge gebrochen haben? — Wir können aber die Behauptung des Herrn Scherl gar nicht besser widerlegen als durch die Thatfache, daß die Rothhelfer des Herrn August Scherl mit den 30 stehen gebliebenen Setzern sich bereits im Kriegszustande befinden. Vor 14 Tagen ließ der juristische Beirat des Herrn August Scherl, Herr Dr. Paul Sandstein, eine Kommission zu sich beordern und zwar drei Nichtverbandsmitglieder und vier Gutenbergbündler, um die ausgebrochene Rebde unter dem neuen von ihnen ernannten Personal zu schlichten! Die Nichtverbandsmitglieder erklärten, daß die Gutenbergbündler sich ihnen gegenüber in einer Weise benehmen, die gar nicht mehr schön sei; und daß die Behauptungen der Geschäftsleitung, die entlassenen Verbandsmitglieder hätten sie gemein behandelt, unwahr seien, sie wären sehr gut zusammen gekommen: Tableau! Der Herr Doktor machte ein sehr verdächtig Gesicht, meinte aber, es wäre denn doch besser, wenn sie, die 30 Nichtverbandsmitglieder, dem Gutenbergbund würden beitreten. (Sturm. Heiterkeit.) Wir sind gespannt auf die weitere Entwicklung der Dinge innerhalb dieser treuen Waffenbrüderschaft. — Der Gutenbergbund — die Scherlsche Hausreißer-Kompagnie — ist ein nach dem verunglückten Streik von 1891/92 von Faktoren (Geschäftsführern) begründete und geleitete sogenannte Organisation zu dem Zwecke, den Prinzipalen Rothhelferdienste zu verrichten und den Verband zu belämpfen. Der Faktor Leineweber war ihr erster Vorsitzender und man nannte sie deshalb kurzweg die „Leineweber“. Jener Bund sucht die Rolle, die er gespielt hat, damit zu rechtfertigen, indem er im „Typograph“ erklärt, es wäre ja keine tarifliche Forderung gewesen, um die es sich beim Ausstand handelte. Nichtig, um die materielle Seite handelte es sich nicht, aber um die ideale. Ist denn nicht einem unter dieser Rothhelfertruppe klar, daß ohne das Koalitionsrecht materielle Erfolge nicht zu erzielen sind? Daß diese Bundesgenossenschaft zur Rettung des „Lokal-Anzeigers“ eine Provisoire vertritt, und die verloren gegangenen Abonnenten des Herrn Scherl dadurch wieder zu gewinnen sucht, indem sie in freischützigem Tone über die Bedrückungen des Verbandes darin feufzt, ist bezeichnend für diese Art Arbeiterorganisation. Daß aber diese Gesellschaft den traurigen Muth besitzt, in der Ära der Verfolgungen und Entretungen der deutschen Arbeiter zu dem Mittel greift, ihre Subdile in dem Bureau des Reichstags niederzulegen und den Abgeordneten auszuhandeln zu lassen, um zur gegebenen Stunde als Material zur Beschränkung des Vereinsgesetzes und Schutzes der „Arbeitswilligen“ benutzt zu werden, das ist empörend und treibt jedem ehrlichen Menschen die Schamröthe in das Gesicht. Zum Beweise, wie in dieser Provisoire mit der Wahrheit umgegangen wird, habe ich folgendes zu erklären. Auf Seite 8 unter 7 heißt es in derselben: Im September 1898 lehnte der Ober-Maschinenmeister H. W. in der Buchdruckerei von Hasenstein u. Bogler in der Böttcherstraße den Beitritt zum Verbands mit der Motivierung ab, derselbe verfolge sozialistische Tendenzen, weshalb von Raffini seine Entlassung wegen Veteidigung zweier Maschinenmeister (Verbandsleiter) gefordert wurde. Er mußte wegen der Beitrittsablehnung unter Ausbezahlung seiner Kündigungsfrist sofort aufhören. Eine größere Infamie als diese Beschuldigung ist mir noch nicht vorgekommen. Der Herr Vertreter Stein der Firma H. u. B. weiß, warum er den Ober-Maschinenmeister entlassen hat, und ich will im Interesse der Maschinenmeister über die Ursachen und Gründe seiner Entlassung schweigen. Hat er aber dem Gutenbergbunde gegenüber nicht beschuldigt, so erkläre ich diese Behauptungen als eine ganz infame Lüge! Ebenso wie diese eine Behauptung sind auch alle anderen in der Provisoire aufgestellten Behauptungen entstellend oder aus der Luft gegriffen.

Verehrte Anwesende! Wir befinden uns noch nicht am Ende unseres Kampfes, er kann noch lange dauern! Wir haben es hier mit einem der reichlichsten Unternehmern zu thun, dem nur durch Knudauer bezugommen ist. Der Boykott, den die Berliner Arbeiterkraft in vielen Volksversammlungen über das „unparteiliche“ Blatt „Lokal-Anzeiger“ verhängt hat, hat Herrn

Scherl, nach unseren Informationen, schon 80000 Abonnenten gekostet und er versucht jetzt nur mit allen Mitteln, den verlorenen Besitz wieder zu gewinnen. Es geht rückwärts statt vorwärts mit dem „Lokal-Anzeiger“, das mag für Herrn Scherl schmerzhaft sein, aber es ist nicht unsere Schuld.

Und Sie, verehrte Anwesende, werden uns bei unseren gerechten Zielen unterstützen, dessen sind wir gewiß. Es ist keine Machtprobe, um die es sich für uns handelt, sondern es gilt nur unser Recht, das wir uns durch Herrn Scherl nicht dürfen rauben lassen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Zu der Diskussion nahm zunächst Herr Schneidermeister Strewe das Wort. Er müsse den Zuhörern mehr auf die Finger gesehen werden. Er empfehle, sämtliche Firmen, die im „Lokal-Anzeiger“ inserieren, auf dem nächsten Flugblatt zu veröffentlichen. Zum ersten Mal nahmen auch einige Gutenbergbündler Veranlassung, sich gegen die erhobenen Vorwürfe zu vertheidigen. Ein Herr Vade wußte nur die Unwahrheit nachzubieten, die Verbandsmitglieder wollten die Entlassung der Gutenbergbündler bei Scherl erzwingen und Herr Glaser bekräftigte die Behauptung der Hinzufügung der schredlichen Enthüllung, ein Mitglied der Gewerkschaft habe ihm mitgeteilt, die Verbandsmitglieder wollten im Herbst streiken. Im Uebrigen billigte er alle Maßnahmen, die seitens der Leitung des Gutenbergbundes ergriffen. — Döbli nahm darauf Veranlassung, den Herrn vom Gutenbergbund ein Spiegelbild vorzuhalten und die Frage an sie zu richten, ob es schon dagewesen sei, daß ein die natürlichen Rechte seiner Arbeiter unterdrückender Unternehmer zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise nur das Organ einer Arbeiterorganisation verbreiten brauche; ob es schon dagewesen sei, daß zu einer Zeit, wo die deutschen Arbeiter mit einem Zuchtungsgelehrer zwecks Beschränkung ihrer Freiheit bestraft werden sollen, eine Arbeiterorganisation bemächtigt ist, der Befehlgebende Material zur Anbelagerung der eigenen Klassengenossen zu überliefern, ja sogar soweit geht, in ihrer Denunziationswuth die eigenen Mitglieder (im Falle Schneider u. Co. in Berlin) zu demüthigen! Wer solcher Handlungsweise seine Zustimmung geben kann, richte sich selber. Betreffs der Handlungsweise des Herrn Scherl bemerkte Redner, daß er der Ueberzeugung sei, Herr Scherl habe längst eingeschrieben, daß seine Handlungsweise sich nicht rechtfertigen lasse, dafür sprechen seine Ausführungen bei dem von ihm unternommenen Einigungsversuch; seine Rothhelfer scheinen ihm jedoch den Glauben beigebracht zu haben, daß es sich mit der in seinen Kreisen üblichen Moral nicht vertrage, ein begangenes Unrecht gut zu machen oder nur einzusehen; dafür spreche die Haltung des Herrn Dr. Sandstein.

Nachdem der Referent in seinem Schlußwort die Gutenbergbündler an ihre „Arbeitswilligkeit“ bei den verschiedenen Gelegenheiten in Berlin erinnert und den Anwesenden nochmals die strikte Durchführung der Beschlüsse der früheren Volksversammlungen ans Herz gelegt, erfolgte unter allgemeiner Begeisterung und unter Annahme der bekannten Resolution (der auch die Gutenbergbündler zustimmten) Schluß der Versammlung.

Im Schweizer Garten am Königsplatz tagte unter dem Vorsitz des Genossen Wels eine sehr stark besuchte Versammlung. Alle Plätze des geräumigen Saales waren besetzt, viele Teilnehmer mußten sich mit Stechplätzen in den Gängen begnügen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Buchdruckers Faber sprachen zunächst einige Genossen für energische Weiterführung des Kampfes gegen den „Lokal-Anzeiger“. Dann suchte ein Gutenbergbündler unter lebhafter Mißbilligung der Versammlung die Handlungsweise seiner Bundesbrüder zu vertheidigen. Stürmische Entrüstung riefen die Auslassungen eines anderen Redners hervor, der die bekannten, längst veralteten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie aufzuwärmen sich bemühte und für das unumschränkte Ausbütungsrecht der Unternehmer eintrat, wodurch er jedoch den Unwillen der Anwesenden derart steigerte, daß er abtreten mußte, ohne seine Lobrede auf die Ausbütungsfreiheit beenden zu haben. In seinem Schlußwort fertigte Faber diesen Redner unter allgemeinem Beifall gründlich ab. Dann wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Arbeiterkoalition geschlossen.

Der Saal der Norddeutschen Brauerei in der Chausseestraße war nahezu überfüllt. Auch hier zeigte der Verlauf der Versammlung, daß die Arbeiterkraft willens ist, den Kampf gegen den Terrorismus des Herrn Scherl energisch weiter zu führen. Buchdrucker Wachs schilderte in seinem Referat die Ursachen des Ausstandes, während nach ihm einer der Ausgesperrten noch mangelhaft aus seinen persönlichen Erfahrungen hinzufügte. Mit lebhafter Entrüstung nahmen die Anwesenden Kenntniß von den im „Lokal-Anzeiger“ üblichen Praktiken und gaben durch reichen Beifall ihr Einverständnis mit dem Vorgehen gegen dasselbe kund. Auch hier stimmte man der Resolution zu. Der Entzug der Teilerfassung wurde den Kreisler Webern und den Familien der in Dresden Verurtheilten zugewandt.

Kommunales.

Der Stabs-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat sich in seiner am Montag abgehaltenen Sitzung mit den Etats der Schulverwaltung beschäftigt. Bei den Gymnasien, Realschulen und Oberrealschulen wurden folgende Resolutionen beschlossen und der Versammlung zur Annahme empfohlen: Die Versammlung erucht den Magistrat: 1. Die Pflichtstunden der Zeichenlehrer zu erhöhen und die Stunden in gleichmäßiger Anzahl zu vertheilen, 2. die Löhne der Lehrer an den Schulen in entsprechender Weise zu erhöhen. Gegen die Etats der Realschulen (höhere Bürger Schulen) und höhere Mädchenschulen fand sich nichts zu erinnern, dieselben gelangten unverändert zur Annahme. Bei den Etats der Turnhallen der höheren Lehranstalten empfiehlt der Ausschuß der Versammlung, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Pflichtstunden für die Turnwarte und Turnschlichter zu erhöhen und danach des Gehalt derselben zu regulieren. In dem Etat der verschiedenen Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten sind zur Unterstützung an Studierende der hiesigen Universtät, wie in dem Vorjahre, 3000 M. ausgeworfen. Der Ausschuß schlägt der Versammlung vor, den Magistrat zu ersuchen, die Position auf die Summe von 10000 M. zu erhöhen. Beim Etat der Gemeindeschulen, welcher unverändert zur Annahme gelangte, hatte der Magistrat beantragt: denjenigen Lehrern, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, kann die Zahl der Pflichtstunden auf wöchentlich 24 ermäßigt werden. Im Ausschusse wurde von einer Seite vorgeschlagen auf die Ermäßigung der Pflichtstundenzahl einzugehen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Lehrer extra honorirte Stunden an Fortbildungs- oder Gewerbe- Schulen nicht erteilen. Beide Anträge erhielten indessen nicht die Mehrheit der Stimmen und wurden abgelehnt. Die Etats der Landstamm- und der Blindenschulen nebst Beschäftigungsanstalten blieben unbeändert und gelangten unverändert zur Annahme.

Um die fortwährend sich steigenden Ansprüche an die städtischen Krankenhäuser für den nächsten Winter genügend befriedigen zu können, hat die Deputation für die städtischen Krankenhäuser und der öffentlichen Gesundheitspflege unter Vorbehalt des Stadtraths Vail beschlossen, bei den städtischen Behörden zu beantragen, auf dem Grundstücke des städtischen Krankenhauses im Friedrichshagen zwei zweistöckige Fachwerk-Paraden zur Aufnahme von 130 Kranken provisorisch zu errichten. Dieselben sollen im bevorstehenden Sommer fertiggestellt und bis nach Errichtung des vierten städtischen Krankenhauses ausschließliche benutzt werden.

Lokales.

Im 2. Wahlkreis finden am Freitag, den 3. März, zwei Volksversammlungen statt, die eine bei Schulz (früher Martens), Friedrichstraße 236, die andere in Klemm's Volksgarten, Hasenhaid 14/16. In beiden Versammlungen steht: Die

bevorstehende Neuwahl auf der Tagesordnung. Die Genossen und Genossinnen werden zu zahlreichem Erscheinen aufgefordert.

Die Giftdrücke des Freisinn.

Der Parteirat der konservativen Partei Berlins hat beschlossen, bei der Neuwahl im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis in die Agitation einzutreten, und ernannte den Regierungsrath Witowski als Kandidaten.

Der konservative Kandidat hat sicherlich den einen Vorzug, in den weitesten Kreisen unbekannt zu sein. Wir sind neugierig, welche Anstrengungen es sich Herr Witowski kosten lassen wird und welchen Anstrich die Berliner Konservativen bereit stellen werden, um dem Freisinn unter die schwachen Arme zu greifen.

Selbsthelfer des Zuchtungsgelehrten. Zur Konstituierung des Deutschen Arbeitgeber-Bundes für das Baugewerbe sind die lokalen Arbeitgeber-Verbände für das Baugewerbe aus ganz Deutschland zu einer Generalversammlung eingeladen worden, die am 15. März er., Nachmittags 2 Uhr, im Architektenhause, Wilhelmstr. 92, stattfinden soll. Die Gründung des Arbeitgeber-Bundes ist auf dem vorjährigen Delegirtenkongress des Bauvereins Deutscher Baugewerksmeister zu Breslau beschlossen worden und soll ausgesprochenemassen die Arbeitgeber in die Lage bringen, der geschlossenen Koalition der Arbeitnehmer erfolgreich entgegenzutreten und sich die „Selbstständigkeit“ in ihren Betrieben wahren zu können, das heißt, die Arbeiter nach Herzenslust zu hebeln und zu knechten. Der provisorische geschäftsführende Ausschuß, der die Einladung zu der Generalversammlung erlassen hat, besteht aus den Baumeistern E. Felisch, H. Simon, Zimmermeister A. Esman und M. Krans und Baumeister F. Döbler. Geschäftsführer ist Herr W. König, Kochstr. 3.

Vom Thiergarten. Die Andree, daß der angeblich zu dicke Baumbestand im Thiergarten die bestmögliche Abholzung rechtfertige, trifft nach einer von der „Vollst.“ gebrachten Meldung völlig daneben. Das genannte Blatt schreibt: Den Auftrag zur Abholzung kann natürlich nur die für die Vorangelegenheiten zuständige amtliche Stelle geben. Etwas anderes ist es um die Anlegung zu der Durchlichtung des Thiergartens. Uns wird mitgeteilt, daß in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, die Anregung gehe von der Berliner Polizei-Verwaltung aus und zwar von der Stelle, welcher die Sorge für die persönliche Sicherheit des Kaisers übertragen ist. Der Sicherheitsdienst für den Monarchen, welcher häufige Spaziergänge im Thiergarten zu machen liebt, werde, so heißt es, erheblich erschwert, wenn der dicke Baumbestand in Verbindung mit dem gebüscharmigen Unterholz den freien Ausblick auf die von dem Monarchen durchsrittenen Partien des Parks unmöglich mache. Die Verhinderung der Annäherung Unberufenen und solcher Personen, die etwa den Kaiser belästigen wollen oder noch schlimmeres beabsichtigen könnten, sei unter den neuen Verhältnissen mit größerer Sicherheit zu erzielen, als unter den bisherigen Umständen des Parks. Die jetzt durchgeführte Durchlichtung gestalte die Beherrschung eines weiten Raumes durch das Auge der Sicherheitsbeamten, die für die persönliche Sicherheit des Monarchen persönlich verantwortlich sind.

Verfrömmungsstreben am Palmsonntag. Entgegen der Mitteilung eines hiesigen Blattes, wonach voraussichtlich der Palmsonntag auch in diesem Jahre zur Abhaltung von Tanzlustbarkeiten freigegeben werden dürfte, wird vom Syndikus des Vereins der Saalbesitzer Berlins und Umgegend, Rechtsanwalt Dr. Schleginger, auf eine an das Polizeipräsidium gerichtete Anfrage erwidert, daß die erwähnte Mitteilung nicht zutrifft. Allerdings sei im Vorjahre mit Rücksicht auf die Entscheidung des Kammergerichts vom 20. Januar 1898 der Palmsonntag zur Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten freigegeben worden. Nachdem indessen die damals in Anwendung gebrachten Bestimmungen des § 12 der Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 inzwischen durch die Polizeiverordnung vom 19. März v. J. eine Abänderung erfahren hätten, erschienen, die Ausführungen in dem Erkenntniß des Kammergerichts nicht mehr zutreffend. Es müsse deshalb künftig wieder an dem auch früher hier vertretenen Standpunkt festgehalten werden, daß der Palmsonntag im Sinne der Vorschrift des § 12 Ziffer 2 der Polizeiverordnung vom 19. März 1898 zur Charwoche zu rechnen sei.

Die Reviervorstände seien in diesem Sinne instruiert und angewiesen worden.

Werkwürdig weit gehen die Ansichten der zur Erhaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung verurtheilten Leute über den Werth des Geldes aneinander. Während der Handwehler unter den haarschneidenden Blättern, die „Deutsche Tageszeitung“, frohlockt, weil für die Lötstauer Verurtheilten reinweg gar nichts zusammen komme, bringt die „Konf. Kor.“ einen von Gift und Reid getränkten Artikel über die Opferwilligkeit, die von den Arbeitern auch bei dieser Gelegenheit behundet werde. Der Kierger des reaktionären Organs giebt sich in folgenden Worten kund:

Für die Lötstauer Opfer der sozialdemokratischen Klassenverheugung ist, wie der Parteikassier Gerich im „Vorwärts“ mittheilt, bis jetzt die Summe von 37 657 M. eingegangen. Das ist, selbst in Anbetracht des Umfanges, daß auch vielfach „Bourgeois“ wieder durch ihr „Humanitätsgelübde“ sich haben verleiten lassen, die sozialdemokratische Klingelbeutel-Propaganda zu unterstützen, ein glänzendes Ergebnis, welches die Sammlungsorganisation der Sozialdemokratie in einem hellen Lichte zeigt. Der Aufruf zur Unterstützung wurde am 7. Februar veröffentlicht und am 25. dieses Monats — also noch Verlauf von zwei mit einer halben Woche — ist die obige Summe zusammengekommen. Wie eifrig die Sammlungsunternehmer ihr Geschäft betrieben haben, ist aus dem Umfange ersichtlich, daß allein im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis „auf Listen“ 510 M. gesammelt worden sind.

Wenn die konservative Kriegsgasse einmal Erbe zeigt, sollte man getrost bei der „Deutschen Tageszeitung“ eine Anleihe machen, für die 37 000 M. ja selbst dann keine Rolle spielen, wenn sie von Arbeitern gesammelt sind.

Daß der Feuerwehrendienst sehr aufreibend ist, beweisen auch die zahlreichen Pensionsanträge, die der Polizeipräsident durch Vermittlung des Magistrats zeitweise an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen läßt. In dieser Woche liegen allein 13 solcher Pensionsanträge vor. Sie betreffen zum großen Theil Leute, die noch im besten Mannesalter stehen; der älteste von ihnen, Feuermann Fromm, hat allerdings schon das 60. Lebensjahr erreicht, aber auch er ist durch einen Unfall auf der Grandstalle dienstunfähig geworden. Unter den jüngeren Jubaliden befindet sich der 33jährige Oberfeuermann Kothe, der bei dem großen Brand der Schering'schen Fabrik (2. Juni 1897) durch Einathmen von giftigen Gasen so schwere innere Verwundungen erlitt, daß er, nach langem Krankenlager einigermassen wieder hergestellt, zur Fortsetzung seines Dienstes dauernd unfähig geworden ist. (Bei demselben Brande verunglückte, wie erinnerlich, auf gleiche Weise der Oberfeuermann Krüger, der seine Verletzung nur um einen Tag überlebte.) Von den mechanischen Verletzungen abgesehen, bilden Erkrankungen der Atmungs- und Ernährungsorgane, Rheumatismus und Angenleiden die Hauptursachen der frühzeitig eintretenden Dienstuntauglichkeit. Nur wenige der Feuerwehrintaliden werden von den Ärzten zur Verwendung im städtischen Unterbeamtendienste für tauglich befunden; die meisten müssen sich mit der kurzen Pension durchschlagen, die durchschnittlich etwa tausend Mark jährlich beträgt.

Der Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens der Linie Zoologischer Garten—Saltesches Thor mit einem Pferdebahnwagen der Linie Alexanderplatz—Rollendorsplatz erfolgte gestern Vormittag 8 Uhr am Halleschen Thor. Der Straßenbahnwagen

wollte eben in langsamer Fahrt die Haltestelle verlassen, als der ihm in schnellem Tempo nachfolgende elektrische Wagen mit großer Wucht auf den Hinterrücken aufstieß. Die Fahrgäste wurden stark durcheinandergeworfen, kamen aber glücklicherweise ohne Beschädigungen davon.

Zum Besten von Louis Reunthaler, der als Verurtheilter im Hochverrats-Prozess Kamin kürzlich nach 6 1/2-jähriger Strafe das Zuchthaus verlassen hat, war bekanntlich vom Karthaus-Kammerherren-Männerchor eine Matinee veranstaltet worden. Der Ueberführer aus dieser Veranstaltung ist in Höhe von 530 M. dem schwergeprüften Mäthter zugewiesen worden. Der Gesangverein bittet uns, an dieser Stelle allen, die zum Erfolg des Konzertes beigetragen haben, den Dank des Vereins zu übermitteln.

In Erstickungsgefahr befand sich Dienstag Vormittag 10 Uhr der 40jährige Brunnearbeiter K i n k e, der in der Malzkäfer-Kaserne mit Arbeiten an dem Hauptabzugrohr beschäftigt war. Am ersten Eingange (an der Kesselstraße) war ein etwa 2 1/2 Meter im Geviert und ebenso tiefes Loch gegraben, in dem K. sich an dem Rohre zu schaffen machte. Feldwibel Harbach und Unteroffizier Knebel befanden sich in unmittelbarer Nähe. Jedenfalls waren nun die Grabenwände nicht genügend abgesteift, denn eine Seite gab nach und vergrub den K. Harbach und Knebel eilten dem Verthäteten zu Hilfe und suchten namentlich den Einstrich der äußeren Wände zu verhindern. Schon war K. fast befreit, als ein weiterer Nachsturz erfolgte. Daraufhin wurde die Feuerwehralarmirt, bei deren Ankauf jedoch der Verthätete bereits theilweise aus seiner gefährlichen Situation erlöst war. Er war nunmehr vollständig gelähmt und sprachlos und wurde sofort mittels Drahtseile nach der Charitee befördert, von wo er jedoch bald wieder entlassen werden konnte. Er wäre sicher erstickt, wenn nicht glücklicherweise sein Kopf zwischen zwei Holzstücken eingeklemmt worden wäre, wodurch ein freier Raum zum Athmen blieb.

Große Aufregung entstand gestern Nachmittag um 4 Uhr in der Französischen Straße zwischen der Charlotten- und Friedrichstraße. Dort erfährt das Grundstück 47 der Firma F. u. S. Vorhardt einen Erweiterungsbau in Sandstein, und der Steinmetzmeister Zeidler ließ einen 126 Zentner schweren Stein nach dem 4. Stock hinaufschleppen. Vier Leute hielten die Last. Während oben Arbeiter das Hinaufziehen besorgten, bemerkte ein Maurer im zweiten Stock, bis wohin der Steinblock emporgezogen war, daß zwei Leute zerissen waren. Da zu befürchten war, daß die beiden anderen Leute die Last nicht aushalten würden, und der Wack nach der Straße hinabstürzen möchte, so wurde die Polizei benachrichtigt, die sofort die Straße sperrete. Mit Hilfe von Schlingen hielt man den Sandstein so lange fest, bis neue Flaschenzüge beschafft und die Last in der gegenwärtigen Höhe festgelegt werden konnte. An ein Verhängnis war nicht mehr zu denken, weil erst größere Vorbereitungen erforderlich sind. Die Absperrung der Straße wurde für Fußgänger wegen der verursachten Erschütterung aufrecht erhalten, der Fußgängerverkehr konnte sich auf der gegenüberliegenden Seite bewegen. Eine große Menschenmenge umlagerte den Ort und sah ängstlich der Arbeit zu.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche Zeugen des Unfalles waren, der am Sonnabend, den 27. August v. J. Abends in der siebenten Stunde durch einen Wagen der Bergschloß-Brauerei in der Kaiser Wilhelmstraße verursacht wurde, werden gebeten, sich bei Karl Faust, Nixdorf, Karlsgartenstr. 19 zu melden.

Ein gefährlicher Brand. Dienstag Mittag erging der Ruf „Mittelfeuer“ nach Ludowikstr. 10. Hier besteht in der dritten Etage die Schneiderin Jassewsky eine aus zwei Zimmern und Küche bestehende Wohnung. In dem nach der Straße zu gelegenen Zimmer war die Wohnungsinhaberin damit beschäftigt, ihr Haar zu brennen, als ein junges Mädchen eintrat, um sich Kleidermuster anzusehen. Beide gingen in die nach dem Hofe zu gelegene Stube, nachdem vorher die Spirituslampe, die unbedachterweise in die Nähe der Gardinen gestellt war, gelöscht war. Letzteres muß aber wohl nicht vollständig gelöscht sein, denn als die Frauen nach wenigen Minuten zurückkehrten, stand das Vorderzimmer bereits in Flammen. Anstatt nun sofort um Hilfe zu rufen, suchten beide die Flammen selbst zu löschen. Als dann die Feuerwehralarmirt, hatte der Brand nicht nur große Ausdehnung erlangt, sondern auch die vierte Etage betraf verqualmt, daß ihren Bewohnern der Ausgang abgeschnitten war. Frau Schade, eine korpulente Frau, konnte nur mit Mühe von den auf Holentletern eingedrungenen Feuerwehrlenten von dem Sprunge in die Tiefe abgehalten werden. Sie hat durch Rauch und Aufregung stark gelitten. Nach etwa einer halben Stunde galt die Gefahr für beendet. Die ganze Wohnung ist ausgebrannt.

Zwei flüchtige Wechselstubenbesitzer sind aus Wien hierher gemeldet worden. Es sind die Bankiers Siegmund Drechsler, 30 Jahre alt, und Wilhelm Schönberger, 45 Jahre alt. Beide haben bedeutende Unterschlagungen begangen und sich dann aus dem Staube gemacht.

Ein umfangreiches Verstorngswerk haben Einbrecher ausgeführt, die Dienstag früh dem Kaufhaus von Gebrüder Wolff in der Gartenstr. 25 einen Besuch abgestattet haben. Nachdem sie die Hausthür nachmittags mit einem Radschlüssel geöffnet hatten, traten schon die Drechslerwerkzeuge in ihre Rechte. Vom Flur führt in den Boden eine eisenbeschlagene Thür, die noch durch eine vorgelegte Eisenstange mit Schloß versichert ist. Das Schloß wurde abgeprengt und die Thür, die sich nicht herausheben ließ, mit Brecheisen geöffnet. Der insolge der angewandten Gewalt beschädigte Eingang wurde nun von innen mit Heug zu gehängt, so daß kein Lichtstrahl aus dem Laden drang. Nun ging die eigentliche Arbeit los. Im Komptoir wurde der Gelbschrank von unten zu sprengen versucht, widerstand aber den Werkzeu. Dagegen erbrachen die Spitzhaken mehrere eiserne Kassetten, in denen sie jedoch anstatt des vermuteten Geldes nur Geschäftsbriefe fanden. Lohnender war die Arbeit im Laden, wo sie drei Kassen sprengten und insgesamt etwa 200 M. erbeuteten. Dann verließen ihrer Ruch noch die übrigen verschlossenen Behälter, die sämtlich gewaltsam geöffnet wurden. Von dem aus Oberhänden, Krügen, Tassen, Silber, seidnenen Unterwäschen zc. bestehenden Inhalt suchten sie mit Kemmerl die Beste heraus und zerstreuten die zurückgelassenen Gegenstände über den Raum. Erbrochen wurden ferner 5 Kisten mit Schmucksachen und Portemonnaies, die des Mitnehmens für werth erachtet wurden. Nachdem alles erbrochen und durchstöbert war, zogen die Diebe mit der beträchtlichen Beute unbemerkt ab.

Theater. Im Schiller Theater findet heute die erste Aufführung des dreitägigen, nach einem Stückchen des Genantes von Emil Speit bearbeiteten Lustspiels „Berthens Fräulein“ statt. Das zweifache Schauspiel „Die Rennermähten“ von Blodson eröffnet den Abend. — Im Deutschen Theater geht heute Grillparzer's historisches Trauerspiel „Die Aldin von Toledo“, neu einstudirt, mit folgender Besetzung in Scene: König Alfons — Josef Kainz; Königin Eleonore — Annie Trenner; Ranzio — Hermann Müller; Garcera — Ed. v. Winterstein; Isaac — Hans Fischer; Elber-Vonise Dumont; Rachel — Maria Reichshofer; Reimero — Richard Wallentin.

Feuerbericht. Dienstag früh von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr wurden in kurzen Zwischenräumen nicht weniger als vier Anschlagläufe böswillig in Brand gesetzt und zwar Ede Marzgrafen- und Zimmerstraße, Ede Marzgrafen- und Leipzigerstraße, Ede Jerusalem- und Schützenstraße und Ede Kommandanten- und Lindenstraße. Offenbar rühren diese dummen Streiche, die der Haupt-Feuerwache unmissbar mehrere Nachstunden raubten, von ein und derselben Person her, die jedoch bedauerlicherweise nicht ermittelt wurde. Kurz nach Mitternacht war Putzstraße 38 ein Kellerbrand abzuschließen, der die Vollenlage und Schalbede stark beschädigte. Ein anderer Kellerbrand war früh 6 Uhr Greifswalderstraße 30 zu besichtigen. Montag Abend entstand Tempelhofener Ufer 18 ein Dachstuhlbrand, der verschiedene Bodenverschläge mit Inhalt und einen erheblichen Theil der Dachkonstruktion einschloß. Außerdem gingen Neue Friedrichstraße 5 Badmaterialien und Wigaerstraße 125 Gardinen und Möbel in Flammen auf.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Freitag Abend 8 1/2 Uhr findet im großen Saal von Kleinle, Bergstr. 186/137, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Die Stadterordnetenwahlen und die Kompromißpartei. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für die 2. und 3. Abtheilung. (Siehe Annonce und Säulenanschlag.) Zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Nixdorf. Aus der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung ist noch nachzutragen, daß nach einer Mittheilung des Gemeindevorstehers die Polizeiverhältnisse im Ort vorläufig dieselben bleiben wie bisher, nur daß die Polizei dem Bürgermeister unterstellt wird. Die königliche Polizei werde durch ein besonderes Geheiß eingeführt werden. Der Gemeindevorsteher hat an zuständiger Stelle beantragt, die bisher mit Polizeisachen beschäftigten fest angestellten Bureaubeamten bei Einführung der königlichen Polizei in den Staatsdienst zu übernehmen.

Stadterordneten-Sitzung zu Schöneberg am 27. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Stadterordneter-Vorsitzer Gustav Müller folgende Anfrage an den Magistrat: „Welche Stellung nimmt der Magistrat ein zu der Abfertigung des Ministers des Innern, sämtliche Zweige der städtischen Polizei vom 1. April d. J. ab der königlichen Polizei zu übertragen?“ Bürgermeister Wilde beantwortete die Frage dahin, daß dem Magistrat offiziell von einem derartigen Schritte nichts bekannt sei; man wisse nur, daß die Regierung zu diesem Zwecke eine Summe im Etat eingestellt habe. Sämmtliche Zweige sollten einem Kommissar unterstellt werden. Da nun die Oberleitung nicht in den Händen des Regierungspräsidenten von Potsdam, sondern in denen des Polizeipräsidenten von Berlin ruhen solle, bedürfte es eines besonderen Geheißes. Sache der Städte Charlottenburg, Nixdorf und Schöneberg mühte es sein, beim Minister vorstellig zu werden, um eine derartige Abfertigung nach Möglichkeit zu hindern. — Es folgte eine erneute Vorlage des Magistrats, betreffend das Ausscheiden aus dem Kreise. Die Stadterordneten hatten in der Sitzung am 6. Februar den zwischen dem Landrath Stubenrauch und dem Magistrat vereinbarten Vertrag wegen des Ausscheidens der Stadt Schöneberg aus dem Kreise zum 1. April angenommen. Die Annahme wurde vom Magistrat besonders deshalb befürwortet, weil die im Vertrage enthaltenen Bestimmungen über die Benutzung der Kreis-Kantienhäuser für Schöneberg günstig seien, indem man annahm, daß nur der feste Betrag von 240 M. pro Bett zu zahlen sei. Gegen diese Auffassung ist vom Landrath Einspruch erhoben worden, indem er geltend macht, daß zu diesem Einheitsbetrag von 240 M. noch 2 M. an Verwaltungsgebühren hinzukämen. Nur unter diesen Bedingungen sei er in der Lage, das Ausscheiden Schönebergs zu beschwören. Es ergiebt dies für Schöneberg eine Mehrbelastung von 40 000 M. jährlich oder bis zum Endpunkt des Vertrages eine Summe von nahezu 200 000 M. Trotzdem empfiehlt der Magistrat die Annahme des Vertrages, welche auch einstimmig erfolgte. Eine sehr lange Debatte ergab die erste Lesung des Etats für 1899. Kammerer Gerhard betonte in längerer Ausführungen die Wichtigkeit der Aufstellung des ersten städtischen Etats. Er könne hierbei die erste Mittheilung machen, daß die Steuern eine Erhöhung von 250 000 M. aufwiesen, ohne daß es notwendig erschienen sei, den Steuerfuß zu erhöhen. Nachdem er noch in eingehender Weise die einzelnen Etatspositionen beleuchtet hatte, konstatarie er ein, wenn auch langsame, doch ständige Fortschreiten der günstigen finanziellen Lage Schönebergs. Stadterordneter-Vorsitzer Müller wandte sich energisch gegen die Umsichtsteuer. In Berlin betrage dieselbe nur 1/2 Pct., hier dagegen verlange man 1 Pct. Auch die Errichtung einer höheren Mädchenschule müsse sobald als möglich vor sich gehen. Sehr erheiternd wirkten die Ausführungen des Herrn Stadts. G a s e, der die Aufhebung der Wochenmärkte verlangte. In Nixdorf habe Herr Voddin nicht nur das Ausschlagen von Milch, sondern auch die Abhaltung des Marktes verboten und die Sozialdemokraten hätten Herrn Voddin deshalb einen Kadelzug gebracht!!! Das auf dem Markt verkaufte Fleisch sei ungenießbar. Die Fleischer mögellen; er als Sachmann müsse das wissen. Auch gegen die Erhöhung des Feuerwehretats habe er seine Bedenken. Große Leistungen seien trotz Einstellung eines Brandmeisters aus Berlin nicht vorgekommen. Nach diesem launischen Intermezzo gelangten von einzelnen Stadterordneten kleinere Monita zur Erörterung, die vom Magistratsstische aus ihre Aufklärung fanden.

Eine Familientragödie bildet gegenwärtig den Gegenstand einer Untersuchung beim Landgericht II. In einer kleinen Kolonie bei Liebenwalde lebt der Landwirth W. Er hat drei Töchter, von denen nur die eine gesund ist. Die anderen beiden, die bereits über 30 Jahre alt sind, kamen völlig gelähmt zur Welt. Ihr Geist ist äußerst beschränkt, ihre Sprache nur ein unverständliches Gellen. Sie müssen von einer Stelle zur anderen getragen und wie kleine Kinder gefüttert werden. An eines dieser unglücklichen Mädchen machte sich vor etwa 15 Jahren ein Wüthling, und es fiel ihm nicht schwer, das halbblinde Mädchen seinen thierischen Gelüsten dienstbar zu machen. Zum Entsetzen der Mutter und Großmutter zeigten sich nach einiger Zeit die Folgen des Umganges. Beide Frauen bewahrten das neue Ungeheul als ihr Geheimniß. Das Kind wurde heimlich geboren und gleich nach der Geburt im Keller vergraben. Ueber die Sache war längs Gras gewachsen. Der Verführer entging der im zustehenden Strafe, weil die Sache geheimgehalten wurde. Vor einigen Jahren starb die Mutter des Mädchens, und so blieb die 83jährige Großmutter die alleinige Hüterin des Geheimnisses. Sie glaubte es wenigstens, denn sie wußte nicht, daß eine der Schwestern Kenntnis davon hatte, und diese Schwester plauderte eines Tages. Die Sache sprach sich herum und gelangte schließlich zur Kenntnis der Behörden, welche Recherchen anstellten. Angesichts des nahenden Unheils nahm sich die 83jährige Großmutter das Leben, sie hing sich an der Decke ihres Himmelbettes auf. Die Recherchen der Behörden führten zu einer Durchsuchung des Kellers und bald wurde das Skelett der kleinen Leiche gefunden. Die Leichenreste wurden dem zuständigen Kreisphysikus Dr. Schulz zur Untersuchung übergeben, doch konnte jetzt nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden, ob das Kind vor seiner Beisetzung gelebt hat bezw. ob Kindesmord vorliegt oder nur Verleumdung einer Leiche. Ob überhaupt eine Anklage wird erhoben werden können, ist noch sehr zweifelhaft, denn Mutter und Großmutter sind tot, und die Tochter, die Mutter des beiseitigten Kindes dürfte kaum verhandlungsfähig sein.

Die tgl. Wasserbauverwaltung hat der Schifffahrt treibenden Bevölkerung durch Anschlag an den Schleusen mitgetheilt, daß die Spandauer Havel Schleuse wegen Ausbesserung der Schleusenthore bis zum 10. März gesperrt ist.

In der Rühlichschen Wandsache ist die Aufmerksamkeit der die Untersuchung leitenden Behörden wieder auf eine schon früher verfolgte Spur gelenkt worden. Gleich nach Ermordung des Handelsmannes Rühle auf der Schönwalder Chaussee bei Spandau bezichtigte die Arbeiterfrau Schulz, am Schiffbauerdamm in Spandau wohnhaft, ihren eigenen Mann, von dem sie verlassen war, der That. Später widerrief sie die Beschuldigung, und zwar, wie jetzt von anderer Seite behauptet wird, wider ihr besseres Wissen unter dem Einfluß der Verwandten des Mannes. Ein Bekannter des Letzteren hat nun gegen Schulz die schwere Beschuldigung von Neuem erhoben. Es muß abgewartet werden, ob diesmal etwas Greifbares dabei herauskommt.

Gemeinsinn. Aus Spandau wird berichtet: Der Weiterbau eines neuen Gemeindefaulhauses wurde dieser Tage hier eingestellt und zwar auf Anordnung des Landgerichts II Berlin infolge einer Klage, die der Stadterordnete Reupert gegen den Magistrat angestrengt hat. Der Kläger besitzt in der Strafe, an der das Faulhaus gebaut wird, ein Wohnhaus. Obwohl die Strafe noch nicht 8 Meter breit ist, ist der Schulbau 19 Meter 60 Zentimeter hoch geplant. Wegen dieser der Bau-Ordnung zuwiderlaufenden Höhe des Schulbaues, das seinem eigenen Hauße gegen-

überliegt und diesem das Licht schmälert, hat Herr Reupert Klage erhoben.

Schlumme Streiche hat ein Soldat des 3. brandenburgischen Pionierbataillons in Spandau vollführt. Als er neulich Nachts auf dem Kasernehofe Posten stand, legte er Gewehr und Helm ins Schilderhaus, begab sich in die Kaserne und eignete sich, während noch Alles schlief, in einer Mannschafsstube aus den Schränken der Kameraden verschiedene Gegenstände, auch Geld an. Nachdem er seinen Uniformrock mit dem einen Gezeiten veräußert und sich mit allem Nöthigen versehen hatte, verließ er die Kaserne und blieb mehrere Tage verschwunden. Endlich wurde sein Aufenthalt ermittelt. Er hatte sich nach Regim (Osthavelland) zum Besuch seiner Braut begeben, wo er als „Kasander“ sorglos lebte. Er ist jetzt nach Spandau zurücktransportirt worden und steht seiner Bestrafung entgegen. Es ist dies das zweite Mal, daß er seinen Truppentheil ohne Urlaub verlassen hat. Er ist der Sohn eines Lehrers in Charlottenburg und hat seinem Vater auch sonst schon viele Sorgen bereitet.

Aus Pankow schreibt man uns: Die Miethsteigerungen in Pankow, über die wir kürzlich berichteten, haben eine derartige Höhe erreicht, daß die Unterbeamten in einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses gebeten haben. Zur Zeit beträgt dieser Zuschuß für die am Rangierbahnhof zu Pankow angestellten Unterbeamten 144 M., für Lokomotivführer zc. 240 M., während in Berlin 240 und 300 M. gezahlt werden. Immerhin sind diese Beamten noch besser daran, als die Hilfspostboten, die mit 2 M. 60 Pf. den Tag auskommen müssen. Der hiesige Rangierbahnhof, der heute schon der größte Umladebahnhof in Deutschland ist, wird abermals vergrößert. Es ist nämlich zu diesem Zweck ein größerer Landkomplex an der Prenzlauer Chaussee angekauft worden. Zur Zeit werden die Arbeiten zur Anlage des dritten und vierten Geleises auf den Vorortstrecken Berlin-Planenburg und Berlin-Germersdorf vorbereitet. — Die Villenkolonie Waldeshöh bei Stolpe hat mit dem Forstbesitzer vor einigen Tagen einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem den Bewohnern der Kolonie der angrenzende Wald im Flächeninhalt von 40 Morgen gegen eine Jahrespacht von 100 M. zu Spaziergängen zc. überlassen wird.

Vermischtes.

Stürme auf dem Ozean. Die englischen Blätter bringen spaltenlange Berichte über die Stürme im Atlantischen Ozean. Von nicht weniger als 27 Dampfern fehlen zur Zeit Nachrichten, und es wird vielfach befürchtet, daß ein Theil dieser Schiffe verloren gegangen sein könne. Der Sturm begann am 12. Februar; die in den folgenden Tagen in New-York einlaufenden Dampfer waren mit Eis bedeckt und trugen außerdem mannigfache Zeichen der durchgemachten furchterlichen Wetterwüth. Unter diesen waren die großen Passagierdampfer „Paris“, „Spaardam“, „Ancoria“, „Cartania“. Alle berichteten über das fürmische Wetter während der Ueberfahrt. Die „Ancoria“ hat ihre sämtlichen Rettungsboote, alle Masten, Kräne und andere auf Deck befindlichen Apparate verloren. Ein Rettungsboote wurde von einer über Deck schlagenden Woge mit solcher Heftigkeit zu Boden geschlagen, daß er augenblicklich tot war. Der Kapitän des Dampfers „Cartania“, dessen Berichte sich mit denen der übrigen decken, berichtet, einen Dampfer begegnet zu sein, welcher um Hilfe signalisirte. Die „Cartania“ gab zur Antwort, sie sende Rettungsboote entgegen, um den Kapitän und die Mannschaft des unbekanntem Dampfers aufzunehmen; an eine Rettung des Schiffes sei nicht zu denken. Aber der Kapitän des Dampfers weigerte sich in seinem Altsignalement, sein Schiff zu verlassen, und kurze Zeit darauf verschwand das fremde Schiff in den Wogen. Der Dampfer „Ornithion“, welcher England am 13. Januar verlassen hat, ist noch nicht in New-York eingetroffen. Der Dampfer „Germanie“, einer der größten Passagierdampfer der White Star Line in Liverpool, begann, während er Kohlen in New-York einlad, zu sinken, er dürfte aber, dank den energischen Pumparbeiten, bald wieder flott gemacht werden. Der Sturm scheint am heftigsten zwischen Savannah und Boston gewüthet zu haben und hat sich etwa noch 150 Kilometer weit über das Land erstreckt, wo er ganz fürchterliche Verwüstungen angerichtet hat. Aber auch an den englischen Küsten war er noch so heftig, daß eine ganze Reihe von Unfällen und Verlusten zu beklagen ist.

In Dresden ist der hochbelagte Roler G. Jöh ring dieser Tage, als er in einen Wagen der Straßenbahn steigen wollte, von einem Gelehrer tödtlich überfahren worden. Jöh ring, ein Schüler Ludwig Richter's, galt als vortrefflicher Porträtist und hatte ehrenvollen Antheil an dem Hauff'schen Galleriewerke.

In Biorzhheim sah der Weißingarbeiter Gooß auf die Ehefrau eines Kaufmanns sowie auf seine Tante, die 63jährige Wittwe Gooß, und erschloß dann sich selbst. Vermuthlich ist die That eine Folge von Geistesstörung.

Aus Innsbruck wird berichtet: Sonnabend Nachmittag brannte binnen drei Stunden das große Alpenvereinshaus „Hinterbärenbad“ bei Stufstein ganz nieder. Das Haus war mit 23 000 fl. versichert.

Zehn Jahre wüthet jetzt die Grippe mehr oder weniger heftig in London. Jede Woche treten Hunderte von neuen Fällen auf, aber sie sind nicht so schwer wie bei den Seuchen früherer Jahre. Dennoch darf man die Krankheit auch jetzt nicht leicht nehmen. Letzte Woche sind in London 74 Personen an der Influenza gestorben. In der vorhergehenden Woche betrug die Zahl 50. Die Zahl der Todesfälle an der Grippe war in der letzten Woche größer als in irgend einer Woche seit Februar 1889. Die meisten an der Grippe Sterbenden sind im Alter von 50—60 Jahren. In den 50 Jahren vor 1889 hat man in London nichts von der Grippe gehört. Auch im Norden von England greift die Grippe seit einigen Wochen schnell um sich.

Witterungsbericht vom 28. Februar 1899. Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in G. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in G. u. F.
Stolpe	772	SW	4	bedeckt	3	Charlottenburg	764	SW	3	bedeckt	-7
Dammsburg	770	SW	2	bedeckt	2	Petersburg	762	W	3	heiter	-8
Berlin	775	SW	4	bedeckt	1	Nord	778	SW	3	heiter	8
Wiesbaden	778	SW	1	heiter	-4	Aberdeen	772	SW	3	bedeckt	4
München	777	SW	3	heiter	-4	Paris	770	W	1	wolkig	-4
Wien	775	SW	3	bedeckt	-3						

Weiter-Propgnose für Mittwoch, den 1. März 1899. Etwas wärmer, zeitweise auffrischend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich stillen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler und Einzieher

Wilhelm Brose am 27. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am 2. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Bernauerstr. 44, aus statt. [1420b]

Dankagung. Allen denen, welche meinem geliebten Gatten die letzte Ehre erwiesen haben, sprechen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank aus. 1394b Die trauernden Hinterbliebenen Witwe Dittmann nebst Kindern, Quakenbrunn-Platz 1.

Damen-Gesellschaft. 1395b gutgehend, 17 Jahre bestehend, billig zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt T. H. J. G. Kallgerstr. 35, part.

Allen Freunden und Bekannten sagen wir hierdurch für die rege Theilnahme und die zahlreichen Kranzsenden unseren innigsten Dank. Alwine Rowa d. nebst Kindern. [1406b]

Unfallchen. Klagen, Eingaben **Putzer, Steglitzerstr. 65.** [1396b] Was ist das für ein elegant und sauber, verleiht billig bei C. H. J. G. Kallgerstr. 35, part. [1396b]

Vereinssimmer noch einige Tage in der Woche zu vergeben Rolbergerstr. 2. [1406b] Dem geehrten Publikum empfehle ich mein Schanklokal bei guter und reicher Bedienung. Warme Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen. Willingstr. mit Bier 60 Pf. [1395b] Kochungs- und Backen. G. J. J. G. Kallgerstr. 35, part. [1406b]

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 1. März.
Cyperhand. Cavalleria rusticana. Die Adreffe. Bergheimlich.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Jüdin von Toledo. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Die Jüdin. Unter blonden Brillen. Ein Ehrenhandel. Liebesträume. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaga. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Der Schlafwagen. Kontrakt. Pocher. Zum Einstieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Venedig. Dolgust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Verbotene Früchte. Vorher: Die Neuvermählten. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Fusar. Hierauf: Am Wälder See. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der goldene Zylinder. Anfang 8 Uhr.
Velle Alliance. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 8 Uhr.
Kleud. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Studenten-Trübheit. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hrania. Taubenstrasse 48-49. Naturstudie Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: "Das Band der Fjorde". Opern-Telephon.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Stange und Ardouneau. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée)**.
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Der Vogelwandler**. Lucia Ungelle als Gast.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia-Theater. (Waller-Theater). Mittwoch 8 Uhr: Zum ersten Male: **Verbotene Früchte**.
Vorher: **Die Neuvermählten**.
Donnerstag 8 Uhr: **Verbotene Früchte**.
Vorher: **Die Neuvermählten**.

Schiller-Theater
(Waller-Theater).
Mittwoch 8 Uhr:
Zum ersten Male: **Verbotene Früchte**.
Vorher: **Die Neuvermählten**.
Donnerstag 8 Uhr:
Verbotene Früchte.
Vorher: **Die Neuvermählten**.

Offend-Carl-Beij-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Vorlesung Woche! Zum 72. Male:
Der Brandstifter
Sensationelles Lustspiel mit Gesang in 5 Akten von O. Clonowitsch. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. - Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachm.: **Die Waise aus Lissabon**.
Vorlesung! Sonnabend, 11. März: Auf dieses Verlangen zum Benefiz für Herrn Hm: **Der deutsche Michel**.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Schildebold's Engel.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von W. Mannsdorf. Musik von demselben.
Kouplet von Alfred Bender.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Robit! Zum 8. Male: Robit!
Der goldene Zylinder.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten nach einem vorhandenen Stoffe für die Bühne des Luisen-Theaters frei bearbeitet von Richard Brodel. Musik von Fritz Krause.
Donnerstag:
Der goldene Zylinder.
Freitag:
Benefiz für Arthur Winkler.
Der Hüttenbesitzer.
Jeden Sonntag Nachmittags:
Schiller-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen.

Apollon-Theater.
Scheherazade
Mlle. Sidley Elise de Pronay
Mr. Segommer
O. K. Sato Curtis u. Gordon
Serenadas
16 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater u. beim „Kunstlerbank“, Unter den Linden 69.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Stange und Ardouneau. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée)**.
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Der Vogelwandler**. Lucia Ungelle als Gast.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Tod durchweg neue
Große März-Programme
Nur allererste
Kunst-Spezialitäten!
Ren! Ren!
Berliner Wäpfermadel.
Gelangsbillets
von W. H. Gerike
Freibill. Preise: Dir. Winkler.
Sonnabend, den 4. März:
Grosches
Bockbier-Jubelfest.
Extra-Vorstellung.
Tanz und Gratis-Berufung.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorp. Park u. 11-11 Uhr.

Aleazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich: Neu!
Alles was zum Bau gehört!
Römische Bilder aus dem Berliner Schloss mit Gesang u. Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Ada und Ottfried Relay.
vortreffliches Gesangsduett.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel von W. H. Gerike.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntag: 6 1/2 Uhr.
Entree an Sonn- u. 30 Pf.
Wochentagen haben Gültigkeit.

Circus Busch
Nur noch kurze Zeit!
Mittwoch, den 1. März 1899:
Elite-Abend.
Zum 107. Male:
PERSIEN.
Kücherden: Contre dans la Herbe, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden.
Polo à bicyclette.
Austreien der deutschen Profitturmer
Sandor Trio.
Bermer: Kanauer-Konkurrenz; Reiten. Dir. Busch mit seinen neuen Freizeitsportarten. Wigerl-Clown Daniels und Glown Bogdanowsky mit ihren neuen Spoken. - Morgen Donnerstag, den 2. März, Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

Urania
Taubenstrasse 48/40.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Professor Dr. Müller: „Die Welt der Blütenpflanzen“ (Biologie 7.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Von 6 1/2 Uhr ab:
Theatre varié.
Um 8 1/2 Uhr:
Die
Valentinifahrt
Sr. Maj. d. Kaisers
in hundert
35 qm groß. Projektionsbildern u. erklärt. Vortrag.
Hente 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Stange und Ardouneau. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée)**.
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Der Vogelwandler**. Lucia Ungelle als Gast.

Metropol-Theater.
Brehmstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Freitag:
Die kleinen Michu's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engelsjäger.
Tanzposse in 14 Bildern von O. Regel und J. Bayer.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Tod durchweg neue
Große März-Programme
Nur allererste
Kunst-Spezialitäten!
Ren! Ren!
Berliner Wäpfermadel.
Gelangsbillets
von W. H. Gerike
Freibill. Preise: Dir. Winkler.
Sonnabend, den 4. März:
Grosches
Bockbier-Jubelfest.
Extra-Vorstellung.
Tanz und Gratis-Berufung.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorp. Park u. 11-11 Uhr.

Aleazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich: Neu!
Alles was zum Bau gehört!
Römische Bilder aus dem Berliner Schloss mit Gesang u. Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Ada und Ottfried Relay.
vortreffliches Gesangsduett.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel von W. H. Gerike.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntag: 6 1/2 Uhr.
Entree an Sonn- u. 30 Pf.
Wochentagen haben Gültigkeit.

Circus Busch
Nur noch kurze Zeit!
Mittwoch, den 1. März 1899:
Elite-Abend.
Zum 107. Male:
PERSIEN.
Kücherden: Contre dans la Herbe, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden.
Polo à bicyclette.
Austreien der deutschen Profitturmer
Sandor Trio.
Bermer: Kanauer-Konkurrenz; Reiten. Dir. Busch mit seinen neuen Freizeitsportarten. Wigerl-Clown Daniels und Glown Bogdanowsky mit ihren neuen Spoken. - Morgen Donnerstag, den 2. März, Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Stange und Ardouneau. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée)**.
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Der Vogelwandler**. Lucia Ungelle als Gast.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Tod durchweg neue
Große März-Programme
Nur allererste
Kunst-Spezialitäten!
Ren! Ren!
Berliner Wäpfermadel.
Gelangsbillets
von W. H. Gerike
Freibill. Preise: Dir. Winkler.
Sonnabend, den 4. März:
Grosches
Bockbier-Jubelfest.
Extra-Vorstellung.
Tanz und Gratis-Berufung.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorp. Park u. 11-11 Uhr.

Aleazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Täglich: Neu!
Alles was zum Bau gehört!
Römische Bilder aus dem Berliner Schloss mit Gesang u. Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Ada und Ottfried Relay.
vortreffliches Gesangsduett.
Vorher:
Ein bengalischer Tiger.
Lustspiel von W. H. Gerike.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntag: 6 1/2 Uhr.
Entree an Sonn- u. 30 Pf.
Wochentagen haben Gültigkeit.

Circus Busch
Nur noch kurze Zeit!
Mittwoch, den 1. März 1899:
Elite-Abend.
Zum 107. Male:
PERSIEN.
Kücherden: Contre dans la Herbe, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulpferden.
Polo à bicyclette.
Austreien der deutschen Profitturmer
Sandor Trio.
Bermer: Kanauer-Konkurrenz; Reiten. Dir. Busch mit seinen neuen Freizeitsportarten. Wigerl-Clown Daniels und Glown Bogdanowsky mit ihren neuen Spoken. - Morgen Donnerstag, den 2. März, Abends 7 1/2 Uhr: Persien.

Allen Freunden des Krb.-Gef.-Ver.
Vineta
zur Nachricht, daß wir unser Uebungslokal nach Zwinemünderstrasse 65 bei Schmidt verlegt haben.
Uebungsstunde Donnerstag Abends von 9-11 Uhr. 14075
Der Maskenball des Vereins findet am 4. März in Raabe's Ballsalon, Kolbergerstr. 23, statt.

Gebrüder Richter-Theater
57 Lothringer-Strasse 57.
Robit!
Vater und Sohn.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter.
Heinrich Müllig... W. Richter.
Vorher:
Wie denken Sie darüber?
Vollständig in 1 Akt von Carl Hof.
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Mühl, Schneider und Schrader.)
Frauen-Emanzipation
Burdette von Meyfel.
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk.
Tageskasse von 11-1 Uhr.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Mähr's Theater
Cranien-Strasse 24.
Täglich:
X-Strahlen.
Schwanz in 1 Akt.
Der Zigarren-Baron.
Schwanz mit Gesang.
Mr. Berao, Bewandlungsangelegenheit. Vond haben Gültigkeit.
Sonntag: Anfang 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Die Hoje von Badharah.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Th. Bahmann.
Nach der Vorhellung: **Tanzfränzchen.**

Circus Rens-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hill.
Täglich:
Grosses Konzert
unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.
Stets wechselndes Programm.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen
Zum Schluss:
Theaterskandal.

Friedrichshagen.
Restaurant **Wilhelmshof**
(Inh.: Gustav Wolf)
Seestraße No. 45.
Schöner Ausblick, direkt am Müggelsee und Wald; für Vereine und Gesellschaften; Land- und Dampfperipatzen. Großer Garten, 3000 Bst. feinsten, Saal mit Bühne, gr. verdeckte Hallen, Regelsbahn, zwei Bad-cabinen, Bootshaus, Anlegeplätze für Dampf- und Ruderboote.
Weiß- und Baitisch-Bier.
Grosse Speise-Karte zu billigen Preisen. 10209

118. Cranienstr. 118. Klavier, Solimunterricht, Theorie für Unbemittelte. 13616
Masken-Costume
verleiht billig
Fr. C. Frommholz,
Glasenerstr. 78, Ecke Ackerstr.
Reine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 Mk. 50 ab. 1066-L
Fahrrad-Umbau.
Für 20 Mk. wird jedes Rad modern gemacht. A. Zimmer, Andrastr. 70. 400 Mk. Rüdigeckstr. 59.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 3 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Rhine v. 2 Mark eben. Täglich.
Alte J. C. Johnson. Anwaltsstr. 145
Kleiderpinsel, Wäschepinsel, Peitsch, Watras, 18 Mk., Schlafkappe, Knoschenschiff, Spiegel, Spiegel, Stühle, Bett, Damentasch, Herrenrock, Kücheneinricht. (post. verl. Bismarckstr. 27, p. L.
Schuhgeschäft, jüngere Leute bis 4. verlaufenen Rüdigerstr. 11 (Osbahn), Post. 14186
Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 3 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Rhine v. 2 Mark eben. Täglich.
Alte J. C. Johnson. Anwaltsstr. 145
Kleiderpinsel, Wäschepinsel, Peitsch, Watras, 18 Mk., Schlafkappe, Knoschenschiff, Spiegel, Spiegel, Stühle, Bett, Damentasch, Herrenrock, Kücheneinricht. (post. verl. Bismarckstr. 27, p. L.
Schuhgeschäft, jüngere Leute bis 4. verlaufenen Rüdigerstr. 11 (Osbahn), Post. 14186
Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 3 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Rhine v. 2 Mark eben. Täglich.
Alte J. C. Johnson. Anwaltsstr. 145
Kleiderpinsel, Wäschepinsel, Peitsch, Watras, 18 Mk., Schlafkappe, Knoschenschiff, Spiegel, Spiegel, Stühle, Bett, Damentasch, Herrenrock, Kücheneinricht. (post. verl. Bismarckstr. 27, p. L.
Schuhgeschäft, jüngere Leute bis 4. verlaufenen Rüdigerstr. 11 (Osbahn), Post. 14186

Berl. Gewerkschafts-Kommission
Freitag, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung der Delegirten
in den Arminhallen (gr. Saal), Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Angelegenheit der Typsetz. 2. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis und der offene Brief an die Delegirten zur Berliner Gewerkschaftskommission. Referent H. Postsch. 3. Angelegenheit der Barbier. 4. Gewerkschaftliches. NB. Die Delegirten werden ersucht, alle ohne Ausnahme zu erscheinen, der wichtigen Tagesordnung wegen. 14126
J. H. Rudolf Millarg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Donnerstag, den 2. März 1899, Abends 8 Uhr, in Behrend's Festsaal, Mantelstrasse Nr. 95:
Branchen-Versammlung der Sigmödel-Arbeiter Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Tarifberührung. 2. Wie gestalten sich die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in den Werksstätten? Es ist Pflicht eines jeden in der Sigmödel-Branchen beschäftigten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 78/10
Die Ortsverwaltung.

Sattler, Riemer, Lächner!
Donnerstag, den 2. März 1899, Abends 8 1/2 Uhr, bei Brochnow, Sebastiansstrasse 39:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die neue Zwangs-Vereinigung für das Sattlergewerbe und der Gefellenauschuh. Referent: Kollege Sassenbach. 156/5
2. Aufstellung der Kandidaten zum Gefellenauschuh.
Der Vorstand der Vereinigung und der bisherige, nur dem Magistrat bekannte Gefellenauschuh sind brieflich eingeladen. Die Herren Meister werden ebenfalls um ihr Erscheinen gebeten. Der Einberufer.

Grünau. Sonntag, den 5. März: **Grünau.**
Gr. Wurst-Essen,
wozu ergebenst einladet
Gustav Lindenhayn.
Wein Saal steht den geehrten Vereinen zu Versammlungen und Bereinigungen auch Sonntags zur Verfügung. D. D.

Jede erfahrene Hausfrau
verwende Fahlberg, List & Co's
ärztlich empfohlen
Saccharin-Tabletten,
den besten und gesündesten Süßstoff.
Der Ersatz von 1 Pfund Zucker kostet nur
!10-12 Pfennige!
Daher grosse Ersparnis.
Ausgezeichnet zum Versetzen von Kaffee, Thee, Kakao, Schokolade, Suppen, Grog, Punsch, Glühwein, Warmbier, Limonaden u. s. w.
Zu haben in allen durch Saccharinplakate kenntlichen Drogen-, Kolonial- und Materialwaarenhandlungen. 106/14
Generalvertreter: W. H. Brockel, Berlin N., Sellenstrasse 14, Hauptniederlage: R. Ehrmann, Berlin SW., Solmsstrasse 24.

Zahnärztliches Institut
Alexanderplatz 1 (im Hause v. Aschinger).
Künstl. Zähne 2 Mk. Plomben 1,50 Mk. Zahnziehen 75 Pf. Spr. 8-6.

Zur Einsegnung:
Schwarze, farbige und helle Kleiderstoffe,
weiße Unterröcke, Towons,
Taschentücher, Echarpes, Glacé-Handschuhe.
Anzüge in Tuch, Kammgarn, Cheviot etc.,
auch nach Maß gearbeitet.
Oberhemden, Serviteurs, Hüte, Kragen, Manschetten, Handschuhe,
in nur guten Qualitäten empfiehlt

Herrmann Schlesinger,
Bückerstrasse 39.

118. Cranienstr. 118. Klavier, Solimunterricht, Theorie für Unbemittelte. 13616
Masken-Costume
verleiht billig
Fr. C. Frommholz,
Glasenerstr. 78, Ecke Ackerstr.
Reine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 Mk. 50 ab. 1066-L
Fahrrad-Umbau.
Für 20 Mk. wird jedes Rad modern gemacht. A. Zimmer, Andrastr. 70. 400 Mk. Rüdigeckstr. 59.

Erstklassige Fahrräder
Mk. 95. 1003L*
Baer Sohn,
Chausseestr. 24.
Fahrrad-Händler
kaufen sämtliche Zubehör- u. Noththeile, sowie Bestelle, gepanzerte Räder sehr vortheilhaft. Drahtseilstr. 47, Fahrradartikel ein gros. 49/1*
Suche bessere Schlafstühle. Offert. mit Preisangabe unt. W. 27 an Postamt 61, Schlafstühle, sep. bei Esser, Markt, profenstr. 9, Duerge. 1 Tr. 14085
Wohl. Schlafst. f. d. od. Dame (auch Reiterin) Michaelstr. 5, Frau Uckow, Schlafst. sep. Beldand, Rungestr. 16.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Stockarbeiter!
In der Stockarbeit von Gebr. Noa, Dredenerstrasse 38, haben 50 Gekleid-Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. Zusatz fernzubilden. 175/14
Der Vertrauensmann der Berliner Stockarbeiter.
Eine Petrol-Öfenwerkstatt, in welcher nur Mädchen beschäftigt werden, sucht zum sofortigen Eintritt einen zuverlässigen, erfahrenen Klempner als Werkmeister. Es wird nur auf eine Arbeit respektiert, die einen Wert meißerarbeiten schon beiseite hat und über ihre Befähigung Zeugnisse beibringen kann. Offerten unter J. A. 5651 an Rudolf Mosse, Berlin SW. Verlässlicher verl. Feuch, Waldemarstr. 15. 14146
Porzellanmalerei verlangt dauernd Mariannenstr. 52. 1415b
Suche für Berlin einen Verkäufer auf eigene Rechnung für ein geschäftlich geführtes Messer. Näheres im Augusta-Hospital von 1-3 Uhr Nachmittags. E. Everts. 1417b

2 tüchtige Marquettene sofort
gesucht. Robert Nacco, Inflationfabrik, Koppenstr. 145. 1335b
Luxusgeschirren
durchaus erfahren und der in Künstenheit des Meisters eine Werkstätte selbständig leiten kann, findet daneben und lohnende Stellung.
Offerten W 9 an die Expedition dieses Blattes.
Stücker auf Staubmäntel verlangt Bieselt, Weberstr. 36. 1404b
Für das Bureau einer deutschen Krankenkasse wird per sofort ein fähigster Mitarbeiter 1405b

Hilfsarbeiter
gesucht, welcher theilweise im Bureau mit schriftlichen Arbeiten und theilweise mit Einleitung von Briefen beitragen beschäftigt werden soll.
Gute Handschrift und tüchtig im Rechnen Bedingung. Bei zufriedenstellender Leistung dauernde Anstellung nicht ausgeschlossen.
Offerten mit Angabe über bisherige Thätigkeit sowie Lebenslauf und Zeugnis-Adressen sind bis zum Freitag, den 3. d. M. in der Expedition dieser Zeitung unter V. 9 abzugeben.
Vermählungen auf bessere Oberhemden, auch ohne Vergeß, werden verlangt. Näheres dauernde und lohnende Beschäftigung. Alt-Moabit 49, Str. 4 Tr. 1405b
Schürzennäherinnen, hohe Preise, in u. außer dem Hause verlangt Oberbergerstr. 28, p. L. 1405b
Wäschenäherinnen, 14 Mk. Wochenlohn, sucht Wilm, Triftstr. 4, 1410b
Wäsche auf einfache Jacken und Kostüme verl. R n o p p, Rüdigerstr. 14, 1419b
Vermählungen für Schneiderei verl. Darischstr. 10, Mobilität, Dredenerstr. 162.
Küchenschneiderei verlangt H d e r s, Brunnenstr. 169. 1597b
W a n e i l l s auf gute Jacken und Schürzennäherinnen verlangt H a l l e r, Rottbuser Damm 97, L. 1399b
Blousen-Näherin im und außer dem Hause verl. Kräger, Schauerweberstr. 37, 3 Tr. Gde. Waisenstr. 1399b
Geübte Kartonnarbeiterinnen verlangt sofort Kartonnarbeit Warfus, Straße 60. 10929
Aufwärterin Sonntags verlangt Rüdigerstr. 41, p. r. l. 1402
Kartonn- und Handnäherin verl. 1402 Günther, Bahnerstr. 8, Vaden.

Wanijells
auf Jacketts,
Stück- oder Wochenlohn von 16 Mk. an, dauernde Beschäftigung garantiert. Rosenberg, Kommandantenstr. 27.
Wanijells a. Traubenmantel-Häufel a. Hause verl. Bieselt, Weberstr. 36.

Knabenanzüge
Uebertragen, Jacken mit Blousen, Kleiderhemden, in und außer dem Hause, exp. dauernde Beschäftigung. Gustav Lasser, Wollenerstr. 20, 1 Tr. 14186
Taschen- und Serv. - Jacken, bei hoch. Lohn, dauernd, verl. sofort 1421b
Lehmann, Dresdenerstr. 9.

Geübte Kartonnarbeiterinnen,
auch Schürzennäherinnen, nicht unt. 16 Mk. verlangt **Anders Nachf.,** Franz C. Becker, Färberstr. 7. 1242

C., Spittelmarkt 16-17.

A. JANDORF & Co

SW Belle-Alliance-Strasse 1-2.

Herren-Confection.

Einsegnungs-Anzüge in
schwarz und blau 14, Mk., 11, 50
Einsegnungs-Anzüge schwarz u. blau
elegante Ausführung 19, 65, 16, 50
Promenaden- u. Ballwesten
in reichhaltiger Auswahl.

Wäsche.

Damenhemden, Priesenfaçon, mit
Trimming oder Stickerel garnirt . . . Stück 95 Pf.
Damenhemden, Priesenfaçon,
gute Qualität. Stück 1, Mk.
Damenhemden, Passenfaçon, Stück 1, 15 40
Damenhemden, Passenfaçon mit
Stickerel Stück 1, Mk.
Damenhemden, mit handgestickter
Passo Stück 1, 40 1, 85
Damenbeinkleider, langes Façon
Paar 1, 20 1, 40 1, 50
Damenbeinkleider, Kniefaçon, Paar 1, Mk., 1, Mk., 2, Mk.
Einsegnungsrocke 85 25 25 50
mit Stickerel-Volant Stück 1, Mk., 2, Mk., 2, Mk.
Damen-Röcke 3, Mk., 4, Mk., 5, Mk.
mit breitem Stickerel-Volant Stück .

Damen-Confection.

Frühjahrs-Jacketts, zweireihig 9 Mk.
schwarz wollen, Prima Coating Stück
Frühjahrs-Jacketts, anschlussend 12 75
schw. woll., Pa. Coating, ein- u. zweireih., St.
Frühjahrs-Jacketts, 9, 75
Modifarbig Tuch, offen und geschlossen Stück 9, Mk.
Jacken-Costüme, Prima Lodenstoff, 10, 75
in fünf verschiedenen Farben 10, Mk.
Jacken-Costüme, Cover-coat, offen
und geschlossen, in 6 verschied. Farben . . . 15 Mk.
Jacken-Costüme, Cover-coat, Pr.
Qualität, mit eleganter Verschönerung, in sechs 21 Mk.
verschiedenen Farben.

Schürzen.

Hausschürzen, gestreift Satin mit Latz 1, 55
und Trägern Stück
Hausschürzen, mode, blau und roth mit 95 Pf.
bekurbeltem Latz und Trägern Stück
Hausschürzen, gestreift Imitirt Leinen, 1, 75
mit bekurbeltem Latz und Trägern . . . Stück 1, Mk.
Mädchen-Schulschürzen,
mode, mit schott. Besatz
Länge vom Gurt ca. 50 55 60 65 70 75 cm
Preis p. Stück 85 Pf. 95 Pf. 1, 05 1, 15 1, 25 1, 35
Kinder-Hängeschürzen,
gestreift Satin m. farb. Besatz
Länge ca. 45 50 55 60 65 70 cm
Preis p. Stück 85 Pf. 95 Pf. 1, 10 1, 25 1, 35 1, 45

Für Einsegnungsgeschenke passend!!

Deutsche Klassiker.
Goethe, 4 Bde. 5 Mk.
Schiller, 4 Bd. 4, 75
Rückert, 3 Bd. 4, 70
Lessing, 2 Bd. 3, 90
Chamisso,
1 Band 1, 40
Kleist, 1 Band 1, 40
Uhland, 1 Band 1, 40
Körner, 1 Band 1, 40

Uhren
in Silber, gut regulirt,
für Knaben:
Stück 9 Mk.
für Mädchen:
Stück 9, 50

Gesangbücher
in grosser Auswahl, Stück
von 1, 20 an.

Schuhwaaren.

Damen-Rossleder-Haus-
schuhe mit Absatz Paar 3 Mk.
Damen-Rossleder-Schnür-
oder Knopfschuhe Paar 3, 50
Damen-Kalbleder-Schnür-
oder Knopfschuhe Paar 5, 50
Damen Braune Schnür-
oder Knopfschuhe Paar 4, 50 3, 75
Damen-Rossleder-Knopf-
oder Schnürstiefel Paar 5, 50 5, 75
Damen-Kalbleder-Knopf-
oder Schnürstiefel Paar 8, 50

Den geehrten Inhabern unserer **Rabattsparbücher** zeigen wir hierdurch ergebenst an, dass die **Auszahlung** des **Rabatts** **Mittwoch, den 1. März, Donnerstag, den 2. März, Freitag, den 3. März,** und die folgenden Tage stattfindet, und bitten wir, die Beträge gefl. in Empfang nehmen zu wollen.

Jandorf-Kaffee: **fein geröstet**
1/2 Pfd. 38 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf Credit bei bescheidener Anzahlung u. auf Jahre
vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. [7303*]
Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre
Central-Möbel-Halle,
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

!! Eröffnet !!

Das mit vorzüglichem Erfolge seit langen Jahren in Hamburg eingeführte
Hutlager A. Rosenblum
Spezialität: **Herren- und Knabenhüte**
englische und deutsche Fabrikate
eröffnete
Friedrich-Strasse 91-92
eine Filiale. Jeder Hut für den Preis von
M. 3,15
ist von einer im Verhältnis zum Preise hervorragenden Eleganz des Aus-
führung und von grosser Solidität. Auch in den unten stehenden Filialen
erfreuen sich meine Hüte allgemeiner Beliebtheit. Für jeden Herrn wird
der Besuch meines Geschäftes von Interesse sein.
Filialen: **Centrale: Hamburg,** Frankfurt a. M.
Preisig. Hannover. Gr. Bursch 44. Stuttgart.
Köln.

Berkow frisch gef. schw. perlj. und finn. Fleisches.
Minderlich pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch 40 Pf. [558L*]
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends:

Möbel-Fabrik

und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
von
Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO.
Skalitzer-Strasse No. 6, am Rottbuser Thor.
Permanente Ausstellung für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen haben jederzeit zur Beschäftigung bereit; auch werden dieselben in eigener
Werkstatt im Hause nach Wunsch und Zeichnung in kürzester Zeit angefertigt. 10006*

Für bestes und trockenes Material leiste Garantie.

Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges
Lager in
Filz- und Seidenhüten,
Schirmen
in den neuesten Façons und
Farben, äusserst billige Preise.

Richard Klose, Aufsemerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstrasse. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl wöchentl. 1 M.
Zähne 2 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Einsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Raummagen u. Chokolat zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 189.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Mass.

Betten Gardinen, Steppdecken, Vor-
hängen, Wäsche, Teppiche,
Paletots Bettvorleger, Tischdecken,
Anzüge, Hüte, Overtops,
Remondarbeiten, Regulat., Uhrketten
[portbill] **Wandische Alexanderstr. 6.**
GENERAL-Fundbureau,
Charlottenstr. 95.
3000 Rollen Dachpappe,
Schalldächer, Keilten, Dachlatten, Is-
soliert billig zu verkaufen. 7106
M. Rühle, Rottbuser Thor 22.